

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee

Tag und Zeit: Dienstag, 28. September 2004

Tagungsort: Rathausaal

Beginn: 19.00 Uhr

Anwesende:

ÖVP-Fraktion:

- | | | |
|-----|---------------|-------------------------------------|
| 1. | Bürgermeister | Mag. Johann Reiter als Vorsitzender |
| 2. | Vizebgm. | Johann Schachl |
| 3. | EG. | Mag.Dr.Bernhard Roither |
| 4. | GV. | Stefan Gaisbichler |
| 5. | EG. | Franz Bauer |
| 6. | GR. | Franz Loidl |
| 7. | EG. | Ing.Harald Mayrhofer |
| 8. | GR. | Franz Huber |
| 9. | GR. | Peter Wechselauer |
| 10. | GR. | Thomas Ebetsberger |
| 11. | EG. | Martin Ebetsberger |
| 12. | GR. | Mag. Dachs-Machatschek Herbert |
| 13. | EG. | Erich Staudinger |

SPÖ-Fraktion:

- | | | |
|-----|----------|--------------------|
| 14. | Vizebgm. | Gertraud Eisterer |
| 15. | GV. | Ing. Kurt Berger |
| 16. | EG. | Ing.Walter Staufer |
| 17. | EG. | Ernst Petkowitsch |
| 18. | GR. | Ulrike Berger |
| 19. | GR. | Gerald Mayrhofer |
| 20. | GR. | Irene Husly |
| 21. | EG. | Walter Kosch |
| 22. | GR. | Ing. Karl Födinger |
| 23. | GR. | Herbert Kritzinger |
| 24. | GR. | Josef Püringer |
| 25. | GR. | Herbert Aigner |

FPÖ-Fraktion:

26. GR. Ing.Heinz Hackl
27. GR. Dipl.-Ing. Hans-Peter Zirkel
28. GR. Mag.Erich Kaniak

GRÜNE-Fraktion:

29. GR. Wolfgang Vogel
30. GR. Dipl.-Ing. Harald Huber
31. EG. Claudia Ebner

Der Leiter des Gemeindeamtes: Johann Schmidt

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde
- b) der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 Oö. GemO 1990) enthalten ist und die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 16.9.2004 öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 6.7.2004 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.
- e) Als Schriftführer für die Sitzung wird der Amtsleiter Johann Schmidt bestimmt.
- f) Der Bürgermeister nimmt die Angelobung des EG. Walter Kosch vor.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen bekannt:

Für die Unterfertigung der Verhandlungsschrift werden von den Fraktionsobmännern folgende Gemeinderatsmitglieder bekannt gegeben:

- Für die ÖVP-Fraktion: GV. Stefan Gaisbichler
Für die SPÖ-Fraktion: Vizebgm.Gertraud Eisterer
Für die FPÖ-Fraktion: GR. Dipl.-Ing. Hans-Peter Zirkel
Für die GRÜNE-Fraktion: GR. Wolfgang Vogel

Tagesordnung

Berichte des Bürgermeisters

- a) Beitrag von Ressort LR Ackerl zu Familien- u. Sozialratgeber sowie für Aktion „Ferienspaß“ in Höhe von € 350,--
- b) Beitrag von Ressort LH-Stv.Hiesl zu Familien- u. Sozialratgeber sowie für Aktion „Ferienspaß“ in Höhe von € 200,--
- c) Landesbeitrag von Ressort LH-Stv.Haider in Höhe von € 11.133,-- lt. Schreiben für neue Bushaltestelle Buchberg, vermutlich aber für Abbiegespur Betriebsbaugelände) im Jahr 2005
- d) Landesbeitrag von Ressort LH-Stv.Haider in Höhe von € 2.499,-- für die Errichtung von Auftrittflächen für drei Bushaltestellen (im Jahr 2003 ausgeführt, Litzlberg, Kraims) im Jahr 2005
- e) Landesbeitrag von Ressort LH-Stv.Haider in Höhe von € 6.617,-- für Fahrbahnteiler, Querungshilfe und Gehsteig (keine Projektangabe)
- f) BZ von LR.Stockinger in Höhe von € 95.000,-- (€ 45.000,-- für 2004, € 50.000,-- für 2005) für Errichtung einer Abbiegespur zum Betriebsbaugelände.
- g) Star-Movie-Kinobetreiber laden regionale Kinobetreiber zur Kooperation ein
- h) Jahresbericht der Volkshilfe über das Betreubare Wohnen Seewalchen liegt vor
- i) Blutspendeaktion Juni 2004: 136 Teilnehmer
- j) Kinderferienprogramm der Gemeinde mit gutem Erfolg abgeschlossen, Aktivitäten wurden sehr gut angenommen, Echo positiv, Nachbesprechung am 23.9. im Rathaus, Dank an alle Aktivisten und Helfer, sowie an SA-Obfrau Berger und GV Gaisbichler, die meisten Veranstalter sind grundsätzlich bereit, sich auch im Jahr 2005 wieder zu engagieren
- k) Sanierungsarbeiten am Pumpwerk Steindorf im Laufen; Überlaufkanal fertig
- l) Einladung zur Passivhaus-Exkursion Mitte Oktober liegt im Amt auf
- m) Aufschließungsbeitrag – Ergebnis der Beweisaufnahme (Verständigung der Grundbesitzer) ist erfolgt, relativ viele Einwendungen, diese werden vom Amt in Kategorien eingeteilt und auf Basis der Rechtslage bewertet; anschl. Bescheiderstellung und Vorschreibung
- n) Krabbelstube Rosenau: Gespräch mit Bgm.Gründl und AL.Lösch wurde geführt; dabei wurde die Möglichkeit eines Gemeinschaftsprojektes angeschnitten. Krabbelstube Schörfling könnte nach Seewalchen verlegt werden, Betreiber, Personal und Einrichtung sollten lt. Bgm. Gründl übernommen werden. Weitere Gespräche sollen folgen.
- o) Schreiben von Fritz Fiausch vom 10.7.2004 bezügl. Zufahrt Promenade im Amt; wird demnächst beraten
- p) Segelclub Kammersee: Ansuchen um Unterstützung für die Ausrichtung der Tempest-WM 2005. Unterstützung wie bei Soling-EM 2001; € 5.000.- BZ von Ressort LR Stockinger in Aussicht gestellt.
- q) Aufgrund der Vergabeempfehlungen der Bauleitung wurde in der Gemeindevorstandssitzung am 9. September 2004 die Vergabe folgender Gewerke für den Feuerwehrzubau der FF Kemating an

folgende Firmen beschlossen:

Gewerk:	Firma	Anbotssumme excl. MWSt
Baumeisterarbeiten:	Fa. Kieninger, 4822 Bad Goisern	103.111,63
Heizung/Kälte/Lüftung/Sanitär:	Fa. Winzer, 4880 St. Georgen	16.882,22
Elektroarbeiten:	Fa. Guschl, 4810 Gmunden	18.260,30
Fenster:	Fa. Fensterstudio Salzkammergut Aitzetmüller Herbert, 481 Schörfling	8.956,30
Tore:	Fa. Lindpointner, 4611 Buchkirchen	4.821,00

Die Zuschlagsentscheidung wurde sämtlichen Anbietern zur Kenntnis gebracht. Die Auftragsvergabe erfolgt nach Ablauf der Stillhaltefrist gem. Bundesvergabegesetz.

Voraussichtlicher Baubeginn: 4. Oktober 2004

- r) Beim Bauvorhaben Kindergarten/Musikerheim Rosenau gehen die Rohbauarbeiten zügig voran. Die Baumeisterarbeiten werden 1 Woche früher als terminisiert fertig gestellt. Damit kann am 4. Oktober 2004 mit den Dachstuhl- und Dachdeckerarbeiten begonnen werden. Die Fenster werden in der KW 45 versetzt. Anschließend erfolgt die Leitungsverlegung (Elektrisch sowie heizungs- u. sanitärmäßig).
- s) Bushaltestelle Buchberg fertig gestellt; Montage des Wartehauses beginnt am Donnerstag, ca. 1 Woche Bauzeit; Naturschutz war ursprünglich negativ, Alternativvorschlag mit Glasflächen genehmigt;

Termine:

- 30.9. Info-Abend für GRM mit Bezirksregionalmanagement - NEUER BEGINN: 20 Uhr
- 2.10. Spielplatzfest in Steindorf (ab 14 Uhr)
- 4.10. Baubeginn Haidacherstraße
- 5.10. SA-Sitzung
- 6.10. Arbeitskreis Gesunde Gemeinde
- 7.10. Jugendgespräch
- 9.10. Konzertabend Paulick-Villa
- 9.10. Zaubershow KBW im Pfarrsaal Seewalchen
- 10.10. ab 12 Uhr Jugend-Fußballturnier der FF-Steindorf
- 11.10. Anboteröffnung KRF FF Seewalchen (9.15 Uhr)
- 11.10. GV-SITZUNG ABGESAGT
- 12.10. Grundablöseverhandlung Abbiegespuren und Zufahrt Betriebsgebiet
- 13.10. 17 Uhr AK Finanzen (NTV-Besprechung)
- 13.10. 19 Uhr AK Wirtschaft
- 14.10. BA-Sitzung (Verkehrskonzept)
- 17.10. Seniorentag
- 18.10. KA-Sitzung
- 20.10. AK Wirtschaft
- 28.10. GR-Sitzung

Fragestunde

16 Zuhörer

- a) Herr Pfeil fragt, ob bei der Biogasanlage etwas Neues gemacht oder eingereicht wurde.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich seit der Infoveranstaltung noch nichts Neues ergeben habe, weder ein konkretisiertes Ansuchen seitens der Betreiber noch weitere Eingaben bei der Gemeinde. Er hat die Stellungnahme der Anrainergemeinschaft offiziell entgegengenommen, abgestempelt und zum Akt gegeben.

Herr Pfeil fügt noch hinzu, ob der Standort noch gleich geblieben ist?

Der Bürgermeister antwortet, dass derzeit noch keine neuen Standortüberlegungen bekannt sind, und die Gemeinde muss warten, wie sich die Betreiber weiterverhalten, ob sie das Ansuchen aufrechterhalten und konkretisieren. Die Gemeinde muss dann den nächsten Schritt setzen. Der Bürgermeister verspricht, wenn es etwas Neues gibt, werden die Bürger selbstverständlich informiert.

- b) Herr Tschurtschenthaler fragt, wann die neuen Standortbestimmungen und die Termine sein werden?

Der Bürgermeister meint, dass grundsätzlich der Zeitpunkt der Eingabe das Entscheidende ist. Man hat im Sommer schon vereinbart, dass vor der Entscheidung eine Ausschusssitzung gemacht wird. Zuständig ist der Bauausschuss, es wird aber auch der Umweltausschuss eingeladen zu diesem Punkt. Es wird dann eine Empfehlung geben und in der jeweils nächsten Gemeinderatssitzung kommt es auf die Tagesordnung. Dann muss der Gemeinderat zu diesem Grundsatzbeschluss ja oder nein sagen.

Herr Tschurtschenthaler fragt wann die nächste Bauausschusssitzung ist?

Der Bürgermeister antwortet, dass die nächste Bauausschusssitzung am 14. Oktober 2004 ist und der Schwerpunkt dieser Sitzung das Verkehrskonzept ist. Sollte bis dahin das Ansuchen kommen muss man intern entscheiden, ob man die Sitzung vorverlegt, weil über das Verkehrskonzept will man sich eine eigene Sitzung vornehmen, und die Biogasanlage ist auch eine sensible Angelegenheit. Ob die Sitzung im Vorfeld noch gemacht wird, weiß man noch nicht. Wahrscheinlich muss man eine Sondersitzung einberufen.

- c) Herr Preinerstorfer fragt, ob eine Bürgerinitiative ein Mitspracherecht hat bei solchen Anlagen, und ob man eine Bürgerinitiative bei der Gemeinde melden muss?

Der Bürgermeister antwortet, dass er den Status einer Bürgerinitiative in dieser Sache nicht kenne.

GR. Huber H. sagt, dass es keine gesetzlichen Rahmenbedingungen gibt. Es sollen ein bis zwei Ansprechpartner da sein, und sie sollten einen Titel haben, aber er fragt noch einmal nach.

- d) Herr Preinerstorfer fragt, ob die Asphaltierung in Reichersberg noch ein Thema ist oder nicht?

Der Bürgermeister antwortet, dass es noch ein großes Thema ist, besonders wegen der offenen Finanzierung. Es gab eine Begehung mit der derzeit beauftragten Baufirma, der Bauleitung und Vertretern der Fraktionen. Man hat eine ordentliche, saubere und zukunftssträchtige Lösung gefunden, aber es sind sehr hohe Zusatzkosten. Der Bürgermeister möchte nicht irgendwelche Voraussagungen machen, wie es sein kann. Er sagt, dass man noch eine Finanzierungsmöglichkeit finden muss, damit es eventuell heuer noch in Angriff genommen werden kann. Aufgrund der dzt. offenen Finanzierung wird man die Asphaltierung voraussichtlich auf das Jahr 2005 verschieben. Möglicherweise gibt es aber noch eine Zwischenlösung. Da gerade das Nachtragsbudget erstellt wird kann er es nicht sagen.

- e) Herr Weichselbaumer fragt, ob das Schriftliche der Bürgerinitiative genügt, oder ob sie das noch mündlich wiederholen sollen damit das ganze ins Laufen kommt.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Eingabe genügt, da sie sehr ausführlich und detailliert ist. Die Kritikpunkte werden da ganz genau definiert, und ist dann ein Bestandteil des Entscheidungsaktes.

1. Vermietung u. Verpachtung:

- a) Abschluss eines Mietvertrages zur Vermietung der Wohnung im Rathaus
- b) Kenntnisnahme der einvernehmlichen Auflösung des Pachtverhältnisses mit Frau Grivelis (Strandbadbuffet)
- c) Abschluss eines Mietvertrages zur Vermietung der Wohnung im Strandbad Seewalchen

Zu TOP 1 a)

Bgm.Reiter:

Bedingt durch den Neubau des Bedienstetenpaares Andrea und Rudolf Gruber in Steindorf, die bisher die Einliegerwohnung im Rathaus bewohnt haben und mittlerweile ausgezogen sind, war es notwendig, eine Nachfolgeregelung zu finden. Im Gemeindevorstand wurde vereinbart, die Wohnung auszuschreiben und eher eine gewerbliche Nutzung als eine Wohnnutzung ins Auge zu fassen. Es waren sehr viele Ansuchen auf reine Wohnnutzung, es hat aber dann ein Angebot gegeben zur gewerblichen Nutzung und man hat sich im Sommer fraktionell getroffen und dort bereits den gewerblichen Interessenten die Rathauswohnung zugestanden.

Nachdem das gemeinderatspflichtig ist, möchte er dass zur Kenntnis bringen und absegnen lassen. Es handelt sich dabei um Frau Theodora Pichler aus Steindorf, die eine Praxis für Naturheilkunde hier einrichten möchte. Die Miete für die 87 m² große Wohnung, die natürlich jetzt auf das gewerbliche Nutzungspotential umgewandelt wird und einen Kellerraum mit 27 m² besitzt, beträgt € 610,00 exkl. USt. und exkl. Betriebskosten.

Der Bürgermeister stellt zu TOP. 1 a) den Antrag, aufgrund der einstimmigen Empfehlung des Gemeindevorstandes den vorliegenden Untermietvertrag zu beschließen.

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

Zu TOP 1 b)

Bgm.Reiter:

Aufgrund der Situationen, die im Verlauf des Sommers aber auch bereits im Vorjahr aufgetreten sind, und auch diverse Unannehmlichkeiten, gab bei allem - was man auch positiv sagen muss – dass es sehr gut funktioniert hat, ist man zwischen Frau Grivelis und der Gemeindevertretung übereingekommen, das Pachtverhältnis, das noch längere Zeit gelaufen wäre, einvernehmlich aufzulösen. Um hier eine Nachfolgeregelung in aller Ruhe in Angriff nehmen zu können, speziell auch für die Strandbadwohnung, für die Frau Grivelis ohnehin keinen besonderen Bedarf gehabt hat und es hier bereits Interessenten gibt.

Hierauf liest der Bürgermeister die gegenständliche Vereinbarung vor.

Der Bürgermeister stellt zu TOP. 1 b) den Antrag, die gegenständliche Vereinbarung zu beschließen.

GR. Zirkel hätte gerne gewusst, ob der Gemeinde durch den katastrophalen Zustand, wie er im

Frühjahr vorgefunden wurde, Kosten entstanden sind, über Bauhof oder sonstige Elektroinstallationen, Gerätschaften und ob das auch ordnungsgemäß übergeben wurde bzw. ob es auch so übergeben wurde, dass auch die Geräte wieder verwendet werden können.

Der Bürgermeister stellt die Gegenfrage, welche katastrophalen Zustände er meine.

GR. Zirkel antwortet, die hygienischen Zustände, die vor der Eröffnung geherrscht haben, weil über den Winter Ratten hineingekommen sind, und die Speisekammer in einem katastrophalen hygienischen Zustand war.

Der Bürgermeister fragt Herrn Zirkel, ob er bei der Übernahme dabei gewesen ist? Er möchte nicht von katastrophalen Zuständen sprechen. Jedoch sei nicht zufriedenstellend, wie die Pächter das Strandbadbuffet Ende der vorigen Saison verlassen haben. Das war mit auch ein Grund, dass kein großes Interesse entstand, das Pachtverhältnis ohne Wenn und Aber fortzusetzen. Das Strandbadbuffet war während des Winters nicht gereinigt und nicht aufgeräumt. Die Pächter haben das Buffet in einem Zustand hinterlassen, der nicht akzeptabel war. Sie haben es aber bis zur Eröffnung des Bades wieder soweit in Ordnung gebracht, dass für Bauhof und Gemeinde keine zusätzlichen Aufwändungen, zeitlicher und finanzieller Art ,getätigt werden mussten.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

Zu TOP 1 c)

Bgm.Reiter:

Wie bereits erwähnt ist im Zusammenhang mit der vorzeitigen und einvernehmlichen Auflösung des Pachtverhältnisses im Strandbadbuffet, wobei auch die Einliegerwohnung Gegenstand des Pachtvertrages war, ist die Strandbadwohnung wieder zur Disposition. Um hier keine möglichst langen Leerstände und Einnahmeverluste in Kauf nehmen zu müssen, habe man im Sommer fraktionell besprochen, bereits aufgetretene Interessenten wieder in die Wohnung zu lassen.

Es handelt sich dabei um Frau Manda Mikic. Sie ist Bedienstete der Apotheke in Kammer. Sie war bereits einmal Mieterin dieser Strandbadwohnung, ist aber dann verzogen und möchte wieder mit ihrer Familie in die Nähe ihres Arbeitsplatzes ziehen, und hat für diese Wohnung Interesse angekündigt. Wir haben uns im Vorstand und vorher schon fraktionell besprochen, dass man bereit ist, Frau Manda Mikic als Mieterin in der Strandbadwohnung zu akzeptieren. Sie ist verheiratet hat 2 Kinder und auch ihre Mutter soll hier einziehen.

Der Bürgermeister stellt zu TOP. 1 c) den Antrag,
aufgrund der Beratungen im Gemeindevorstand den vorliegenden Mietvertrag mit Frau Mikic abzuschließen.

GR. Hackl betont, wie er schon bei der Anfrage des Bürgermeisters mitgeteilt habe, finde er die jetzige Vermietung dieser Wohnung nicht sehr sinnvoll, da man einen Strandbadpächter suche. Der Strandbadpächter soll auch die Wohnung nutzen können. Seine Idee sei, dass man dies im Mietvertrag aufnehme, aber das wurde von der Seite des Bürgermeisters negativ behandelt, weil es gegen das Mietrecht ist.

Trotzdem gibt er zu bedenken, dass man schauen sollte, dass man einen neuen Strandbadpächter findet. Wenn es geht, heuer noch und nicht erst wieder im März oder April nächsten Jahres kurz vor der Saison, wo dann wieder die Panik ausbricht. Er würde daher vorschlagen, dass man diesen Vermietungspunkt bis zum Ende des Jahres aufschiebt, bis man Klarheit darüber hat, ob der neue Pächter diese Wohnung braucht oder ob er sie nicht braucht.

Der Bürgermeister bedankte sich für diesen Vorschlag. Er meinte, dass dieser Ansatz nicht unrichtig ist, er hat dies auch selber überlegt. Wenn man jedoch diesem Vorschlag nähertritt, hätten wir für die Neuvermietung einige Monate Mieteinnahmenverlust in Kauf zu nehmen, weil man nicht weiß, wie lange dieses Auswahlverfahren für das neue Pachtverhältnis dauert. Bisher haben wir die Erfahrung gemacht, dass für die Strandbadwohnung für den Pächter der Bedarf nicht gegeben ist, mit

Ausnahme der kurzen Sondersituation mit Pächter Doninger.

Er sei trotz allem dafür, diesen Mietvertrag abzuschließen, der mit 3 Jahren befristet ist. Wenn ein neuer Pächter wirklich einen ganz dringenden Bedarf hat, müsse er halt versuchen diese 3 Jahre zu überbrücken. Wenn es ein guter Pächter ist, ist man sicher bei der Wohnungssuche behilflich.

GR. Aigner meint, dass man diesen Mietvertrag möglichst kurzfristig gestalten sollte, damit man, wenn die Möglichkeit da ist, reagieren kann. Nicht das man 5 Jahre oder 3 Jahre warten muss.

Der Bürgermeister antwortet, dass es jetzt auf 3 Jahre ausgelegt wurde.

GR. Aigner findet es trotzdem zu lange.

GV.Berger K. glaubt, dass beide Standpunkte natürlich einiges für sich haben. Mit der Dame, die diese Wohnung jetzt mieten möchte, ist eine Mieterin vorhanden, die diese Wohnung bereits einmal in Anspruch genommen hat. Man weiß, was man von dieser Mieterin hat, darum meine er, das man diesen Mietvertrag in vorliegender Form die Zustimmung geben soll.

Die Bedenken vom Kollegen Hackl sind selbstverständlich nicht unberechtigt, nur wenn es einen Pächter für das Strandbad gibt, der nicht unbedingt auf diese Wohnung reflektiert, und sicherlich nicht wegen einer fehlenden Wohnung auch auf den interessanten Pachtvertrag verzichten wird. Er meint, dass man heute diesem Mietvertrag zustimmen soll, auch aus dem Grund, weil diese Mieterin diese Wohnung notwendig braucht und die Gemeinde auch diese Mieteinnahmen braucht.

Der Bürgermeister lässt über seinen zu TOP. 1 c gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag: 29 Stimmen ÖVP-Fraktion: 13
 SPÖ-Fraktion: 12
 Grünen-Fraktion: 3
 FPÖ-Fraktion: 1 Kaniak

Stimmenthaltung: 2 Stimmen FPÖ-Fraktion: 2 Hackl, Zirkel

2. Musikheim- u. Kindergartenneubau Rosenau

Zuschlagsentscheidung

- a) Heizungsinstallation
- b) Lüftung- u. Sanitärinstallation

Bgm.Reiter:

Die vorliegenden Gewerke wurden unter Beachtung der Bestimmungen des BVG öffentlich ausgeschrieben. Aufgrund der Anbotöffnung und der anschließenden Anbotsprüfung und der Übertragsverordnung, können die Aufträge vergeben werden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag,
 aufgrund der Vergabevorschläge folgende Zuschlagsentscheidungen zu treffen:

- 1. Sanitär- u. Lüftungsinstallation an die Firma Ing.Ernst Heissl, Altmünster
- 2. Heizungsinstallation (Brennwertanlage) die Firma Mayrhofer KG, Timelkam

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

3. Pensionsangelegenheit

Gewährung einer Waisenpension an Lutz Seifert

Bgm.Reiter

Nach dem Ableben von MR.i.R.Dr.Günther Seifert hat sein Sohn Lutz einen Anspruch auf Waisenpension.

Der Bürgermeister stellt den Antrag,
Herrn Lutz Seifert ab 1.1.2004 eine Vollwaisenpension zu gewähren.

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

4. **Nachtbusbetrieb 2005** Teilnahme und Finanzierung

Bgm.Reiter:

Seit einigen Jahren gibt es in Teilen der REVA-Gemeinden und REGATTA-Gemeinden die Einrichtung des sogenannten Nachtbusses. An Freitagen, Samstagen, Sonn- und Feiertagen wurde ein zusätzlicher Busverkehr in den Abend- und Nachtstunden eingerichtet. Der Nachtbus wird natürlich speziell von Jugendlichen in Anspruch genommen, um anzureisen bzw. zurückzufahren von den einzelnen Lokalitäten unseres Bezirkes.

Die Institution ist großzügig finanziert, auch mit Unterstützung des Landes, aber ohne Gemeindebeiträge nicht möglich und man habe sich bisher beteiligt. Die Akzeptanz war sehr groß, es sind nicht alle Busse gerammelt voll, aber die letzten um 3 Uhr früh sind immer voll. Es ist eine sinnvolle Einrichtung.

Der Bürgermeister stellt den Antrag,
das Projekt Nachtbus in der bisherigen Form weiterzuführen.

GV.Berger K. betont, dass diese Einrichtung für die Sozialdemokraten ein Punkt sei, wo sie fast automatisch mitstimmen werden, weil sie glauben, dass dies für die Sicherheit unserer Jugend was bringt. Jeden Unfall, den man auf diese Art verhindern kann, sei selbstverständlich ein Beitrag dazu, dass man für diese Verkehrssicherheit etwas tut.

Was aber nicht ganz verständlich ist, sind die Gesamtkosten für die Gemeinde mit € 3.350,--. Die Kosten teilen sich auf, 2/3 zahlt das Land, Verkehrsabteilung, der Rest wird aufgeteilt auf 10 Gemeinden, entsprechend einem Bevölkerungsschlüssel, was für die Sozialdemokraten auch noch in Ordnung ist. Etwas Eigenartiges sind die anteiligen Kosten für den Folder. Er glaube, dass hier zum Teil Geld ausgegeben werde, dass nicht notwendig sei. Es werden hier an Werbung für eine Aktion, die schon sehr gut läuft, wieder € 2.000,-- - € 3.000,-- ausgegeben. Hier könnte man kosteneffizienter umgehen mit den Beiträgen, damit für sinnvollere Dinge Geld übrig bleibt. Die SPÖ-Fraktion werde die Zustimmung selbstverständlich geben.

Der Bürgermeister meinte, dass er das als Anregung sehr gerne weitergibt. Aus seiner Sicht hat der Nachtbusfolder natürlich eine Fahrplangestaltung, die in einem sehr praktischen Format ist. Sogar als Jugendlicher bringt man den Folder in sehr kleine Geldtascherl rein. Es ist natürlich ein Farbdruck, und ein sauberes Papier, das nicht gleich zerreißt. Er kann es nicht beurteilen, ob die Kosten wirklich in dieser Höhe so gerechtfertigt sind. Er gibt es aber gerne weiter, dass man hier vielleicht ein bisschen sparsamer umgeht.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

5. **Prüfbericht** Bericht des Prüfungsausschusses aus der Sitzung vom 20.9.2004

GR. Hackl berichtet, dass es ein etwas anderer Prüfbericht wurde, als man gewohnt war. Man hat auch eine andere Thematik geprüft als der Prüfungsausschuss der letzten Jahre. Das Prüfungsthema war die Evaluierung der Mitgliedschaft des Regionalmanagements. Man hat nach inniger kreativer Diskussion im Prüfungsausschuss ein Evaluierungsraster erarbeitet, auf Basis des Vertrages. Man

hat die Punkte, die damals als Vereinsziel genannt wurden als Prüfpunkte aufgelistet. Er ersucht in seinen Antrag den Gemeinderat als seinerzeitiges Beschlussorgan auch diese Evaluierung durchzuführen.

Hierauf liest er den Prüfbericht vom 20.9.2004 vor.

Obfrau-Stv. Hackl stellt den 1. Antrag,

die Evaluierung der Mitgliedschaft beim Regionalmanagement Vöcklabruck in einem zweistufigen Verfahren durchzuführen:

Interne Evaluierung durch die anwesenden GR - Mitglieder in der Sitzung am 28.9.2004

Nach positivem Gemeinderatsbeschluss des TOP 5 wird an die Gemeinderatsmitglieder der Evaluierungsbogen mit dem Ersuchen des anonymen vollständigen Ausfüllens verteilt und nach vorgegebener Zeit mittels Wahlurne eingesammelt. Die Auswertung erfolgt durch das Amt und wird dem Regionalmanagement mit der Bitte um Abgabe einer Stellungnahme übermittelt. Nach Vorliegen dieser Stellungnahme wird das Evaluierungsergebnis im Prüfungsausschuss beraten.

GV. Gaisbichler betont, dass das Ganze für ihn ein bisschen neu sei. Es war im Prüfungsausschuss schon angekündigt, dass man diese Dinge vorhabe. Er habe sich mit dieser Sache beschäftigt, und möchte kurz zurückgehen. Beschlossen hatte man den Beitritt am 29.1.2001. Er habe in der Verhandlungsschrift geblättert und hat gesehen, dass damals quer durch die Fraktionen sehr positiv dazu Stellung bezogen wurde, z.B. Herr Mag. Kaniak betonte, dass man sicher in dieses Management gehen muss. Herr Aigner war der Meinung, dass man es mal drei Jahre versuchen sollte. Herr Dr. Vogel meinte, dass man diese Chance nützen sollte und auch die Bevölkerung über diese Möglichkeiten informieren muss. Vizebgm. Eisterer hat auch die Meinung kund getan, dass man nichts unversucht lassen soll, und vor allem die EU-Fördertöpfe anzapfen kann, denn Seewalchen braucht eine Belebung. Herr Wechselauer sah hier schon die Möglichkeiten, dass man etwas Positives für die Region machen kann. Herr Liehmann und Herr Zirkel waren beide von der Veranstaltung, die es damals in Mondsee gegeben hat, sehr beeindruckt. Fairerweise muss man sagen, es gab auch kritische Stimmen, z.B. Frau Berger hat damals gesagt, das Kirchturmdenken des einzelnen Bürgermeisters sollte abgeschafft werden bzw. Herr Födinger hat Konflikte gesehen, dass zu viele Managementorganisationen gleichzeitig agieren werden.

Aber trotzdem, quer durch die Reihen gab es eine einstimmige Beschlussfassung. Er denke, dass es sehr sinnvoll ist, nach einigen Jahren darüber nachzudenken, dabei zubleiben. Er habe mit Befremden den Antrag 1 gehört. Man weiß, wenn man eine Evaluierung durchführt, ist es ein relativ komplexes und schwieriges Thema. Man muss sehr vorsichtig sein, dass man auch ein Endprodukt mit Aussagekraft bekommt. Regel Nr. eins weiß jeder, der eine Evaluierung durchführt, ist die, dass man Dinge, die einen selbst betreffen, nie selbst evaluieren darf. Man hat sofort eine Tendenz drinnen, die sehr schwer wieder heraus zu bekommen ist.

Das zweite sei seiner Meinung nach der Zeitpunkt. Man evaluiert zwei Tage, bevor die Frau Nationalratsabgeordnete Schönpass hier mit ihren Leuten einen Bericht bringt, und man alles hinterfragen kann. Man nimmt die Satzung her, auf der damals der Beschluss zustande gekommen ist, und spickt sie mit Fragen. Er habe es sich angeschaut, und es kam ein Konvolut heraus, das nicht wirklich verständlich ist, und wo man nie im Leben eine statistische Zuordnung machen kann. Das hat auch Dr. Bernhard Roither in der Sitzung gesagt und hat es auch noch in das Sitzungsprotokoll hineinurgiert.

Mit diesem Konvolut kann man sicher keine vernünftigen Ergebnisse erzielen. Bezüglich Zielgruppe meint er, wen befragt man ?. Man befragt uns und das soll nachher eine Grundlage sein, ob man es für gut befindet, was das Regionalmanagement tut. Unser Wissen und unser Nichtwissen wird gleichgestellt mit dem was herauskommt. Er kann dem Ganzen nicht viel abgewinnen, und das Ganze geht ziemlich am Ziel vorbei.

Es werde hier immer von Effizienz gesprochen, und Herr Hackl muss sich von seiner Seite den Vorwurf gefallen lassen, Effizienz ist, wenn man am Donnerstag in der Sitzung das anhört, hinterfragt, eine Meinung bildet, und in der nächsten Gemeinderatssitzung darüber abstimmt. Das ist der kürzeste Weg. Man hätte sich eine Prüfungsausschusssitzung sparen können, die viel Zeit für diesen Fragebogen aufgebracht hat und vor allem hier in dem Gremium einen Fragebogen auszuteilen, ist auch nicht gerade wenig Arbeit. Er hat seiner Fraktion die Empfehlung gegeben, den Antrag 1 aus den erwähnten Gründen abzulehnen, und für seine Person sagt er noch dazu, sollte der Antrag angenommen werden, wird er selbstverständlich den Fragebogen entgegennehmen, aber unausgefüllt abgeben.

GR. Hackl stellt fest, dass er mehrmals hier kritisiert wurde und darum werde er dazu Stellung nehmen. Man hat sich das im Prüfungsausschuss nicht leicht gemacht, wie man das prüfen soll. Man kann es nur auf der Basis eines gültigen Beschlusses prüfen. Der Beschluss war auf Basis des Vereinsvertrages. Um eine faire Prüfung durchzuführen, muss man Parameter hernehmen, die zur Entscheidungsfindung maßgeblich sind, und das war die Basis. Man hat darüber diskutiert, irgendwelche leicht verständliche Fragen zu stellen, aber da hätte man von der Seite des GV. Gaisbichler den Vorwurf gehabt, dass man unfair fragt.

Mit der Fragestellung des Prüfungsausschusses bewegt man sich ganz klar auf Basis der Entscheidungsplattform. Wenn es für Herrn GV.Gaisbichler unverständlich ist, dann ist das seine persönliche Meinung. Der Termin der Prüfungsausschusssitzung wurde vor dem Termin von Frau Schönpass fixiert. Auch der Prüfungsgegenstand wurde vorher fixiert. Zur Kritik, dass der Gemeinderat das evaluieren soll betont er, der Gemeinderat der Marktgemeinde Seewalchen stellt immerhin einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung dar, und das Wissen oder Nichtwissen über die Verdienste des Regionalmanagements sind auch hier gleichmäßig verteilt.

Der Gemeinderat als Entscheidungsträger hat das seinerzeit befürwortet. Bei manchen Punkten wurde das von GV. Gaisbichler nicht richtig zitiert. Es wurde ein bisschen abgeschnitten, und der Passus, der nicht dienlich war, weggelassen, aber da wird sich sicher Herr Kaniak noch zu Wort melden. Jener Gemeinderat, der das seinerzeit beschlossen hat, soll auch heute mit gutem Gewissen sagen, war der Beschluss vor vier Jahren gut oder war er ein schlechter. Er kann im Prüfungsausschuss aufgrund der Budgetsituation nicht irgendein externes Büro beauftragen, mit einer Evaluierung, die eine erhebliche Summe kostet.

Es ist die Aufgabe des Prüfungsausschusses, auch solche Dinge anzugehen, wie er schon gesagt hat. Es war der erste Versuch und es werden mehrere in der nächsten Zeit kommen. Er möchte alle einladen, diesen Versuch mitzumachen und nach bestem Wissen und Gewissen diesen Fragebogen auszufüllen. Dann kommt Frau Schönpass mit ihrer Mannschaft, die Gelegenheit hat, unsere Bedenken zu zerstreuen. Dieses Ausfüllen ist nicht eine Ablehnung des Regionalmanagement, sondern der erste Schritt, um das zu überprüfen. Das Ergebnis dieses Fragebogens und das Ergebnis der Stellungnahme des Regionalmanagements wird dann wieder in den Prüfungsausschuss kommen. Dann wird es eine Empfehlung an den Gemeinderat geben, den Vertrag zu verlängern oder den Vertrag so auslaufen zu lassen, wie er bereits seit einem Jahr ausgelaufen ist.

GR. Kaniak meint, dass er sehr stolz ist, dass ihn GV.Gaisbichler zitiert habe. Aber er wurde nicht ganz richtig zitiert. Er betont, dass man in das Management hineingehen muss, er befürchtet aber jedoch, dass man zwar das Management mitbezahlt, jedoch die größeren Gemeinden die besseren Chancen haben. Die großen Gemeinden werden über den Tisch gezogen und die kleinen Gemeinden müssen zahlen. Er ist begeistert, dass endlich in diesen Räumlichkeiten auch unorthodoxe Wege gegangen werden.

Man kann nicht immer dort verharren, dass es schon immer so war. Der Ablauf war immer schon nach „Schema F“ und plötzlich ist ein anderes Schema, und man macht nicht mehr mit. Es ist doch ganz entscheidend wer uns sagen soll, wie man zu dieser Situation steht. Da können wir uns nur selber die Antwort geben. Das ist ein ganz besonderer Fall und kein Mensch auf der Welt kann uns sagen, was besser ist oder nicht. Die müssen überzeugt werden, die mitarbeiten sollen in diesem Gremium, die profitieren sollen von den Kosten, nicht wir, die zahlen sollen. Das ist schade, wenn so wenige Interesse haben für Entwicklungen in der Gemeinde.

Er hofft doch, dass die meisten Gemeinderäte sich darüber ein Bild machen können, und wenn sie es nicht gemacht haben, haben sie jetzt die ideale Möglichkeit, ihrer Meinung anonym zu sagen, und das wird dann ausgewertet. Idealerweise kann es nicht passieren, und darum ist der neue Weg sehr begrüßenswert und für alle Jungen, die in den Gemeinderat reingekommen sind, eine ideale Chance sich zu artikulieren, dass sie mal wissen, was da überhaupt passiert.

GR.Roither B. betonte, dass er als ÖVP-Vertreter bei der Sitzung am 20.9.2004 anwesend war, und dass er der Evaluierung sehr positiv gegenübersteht. Er hat in der Sitzung bereits Bedenken gegen die Art des Fragebogens angemeldet. Im Fragebogen wird Punkt für Punkt und Beistrich für Beistrich der Paragraph 2 der Satzung dieses Vereins abgeklappert, mit der Überschrift Zweck des Vereins. Seiner Meinung nach ist es ein juristisches Instrument, bestimmte Einstufungen rechtlicher Natur vorzunehmen, da sind Standardfloskeln drinnen, um den Verein steuerrechtlich, gesellschaftsrechtlich und vereinsrechtlich einzustufen. Das war das Ziel dieses Statuts, Einstufung nach dem Vereinsgesetz 1951 zu erreichen, ertragssteuerlich Non-Profit-Bereich reinzubekommen, und die

entsprechende Rechtsform zu lukrieren.

Es sei für eine Evaluierung überhaupt nicht geeignet, diese Punkte Schritt für Schritt abzuklappern. Er glaubt auch, dass er persönlich mit diesen Fragen überfordert ist und dass es vielen Kollegen ähnlich geht. Primär sollte der erste Adressat das Regionalmanagement sein für einen Fragebogen, und aufgrund dieser Stellungnahme sollte der Gemeinderat dann entscheiden, pro oder contra Regionalmanagement. Seiner Meinung nach sollte man zu den Projekten Fragen stellen, zur Kostenstruktur des Vereins und zur Zukunftserwartung.

GR. Aigner meinte, dass für einen, der nicht so kompliziert denkt, diese Geschichte verhältnismäßig einfach ist. Es gibt eine Habenseite und die andere Seite, und da kann man einteilen, was ist geschehen, was ist nicht geschehen, was hat man geglaubt, was geschieht oder was ist trotzdem nicht geschehen. Es sind eine Menge Dinge, die man abschätzen kann. Er weiß nicht, dass etwas passiert ist und das ist sein Problem. Damit ist das verhältnismäßig einfach. Die Versprechen, die letztendlich nicht passieren, kann er in diesem Fall gut evaluieren, nämlich auf der negativen Seite.

GR.Roither B. glaubt, dass man sich anhören soll, was das Regionalmanagement gemacht hat. Er glaubt nicht, dass jeder Gemeinderat den Tätigkeitsbericht der letzten drei Jahre gelesen habe, und seriöserweise glaubt er, dass man zuerst zum Regionalmanagement gehen soll, und aufgrund dieser Stellungnahme soll sich jeder Gemeinderat eine Meinung bilden, und dann pro oder contra Regionalmanagement abstimmen. Das ist seiner Meinung nach der bessere und dienlichere Weg, dass man zum objektiven Ergebnis kommt.

GV.Berger K. betont, dass er etwas irritiert über diese Diskussion ist, die hier läuft. Er versteht nicht ganz, warum man sich nicht der Aufgabe stellen will. Er halte nichts davon, diesen Fragebogen dem Regionalmanagement vorzulegen, denn wenn man sich die Tätigkeitsberichte liest, stehen viele Aktionen drinnen. Nur von diesen Aktionen haben sehr wenige Gemeinden was und sicherlich nicht wir.

Der Gemeinderat hat vor 3½ Jahren beschlossen, befristet für 3 Jahre, dem Regionalmanagement beizutreten, und man ist bereits das vierte Jahr dabei. Man hat im 4. Jahr den Mitgliedsbeitrag auch bezahlt und er glaubt, es ist Rechtens, wenn man sich die eigenen Beschlüsse vor Augen führt, und vielleicht mit einem unkonventionellen Weg einmal diese Tätigkeit machen sollte. Wenn hier gesprochen wird, Wissen und Nichtwissen, oder ob der Beschluss gut oder schlecht war, glaubt er, dass dieser Fragebogen für die Meinungsbildung sehr wohl wichtig und vernünftig wäre. Diese Auswertung sollten wir dem Regionalmanagement zur Verfügung stellen, und dann kann das Regionalmanagement Stellung nehmen. Jeder weiß, dass Frau Schönpass selbst vor einigen Monaten Vorsitzende des Regionalmanagements geworden ist und vielleicht selbst nicht ganz glücklich ist über die Vorgänge, die in diesem Regionalmanagement passiert sind.

Vielleicht wäre es auch für sie eine entsprechende Entscheidungshilfe, auch in der Diskussion zu wissen, was eine Gemeinde wie Seewalchen davon hält. Er hält diesen unkonventionellen Weg für einen guten Weg und er wird sicher diesem Vorschlag zustimmen.

GR. Födinger meint, dass er in der seinerzeitigen Gemeinderatssitzung dabei war und damals derjenige war, der die Gefahren, die damit verbunden sind, am deutlichsten aufgezeigt hat. Den Hintergrund hat man sich auch als Aufgabe des Prüfungsausschusses gestellt, und er denkt, dass es eine ganz wichtige Funktion ist, in einer Gemeinde einen Prüfungsausschuss zu haben, und wir sollten jetzt von so einer Diskussion, die Arbeit, die in dem Ausschuss geleistet wird, nicht auf das Spiel setzen.

Auch in der Hinsicht, was im Prüfungsausschuss abläuft, denn dort gilt die Vertraulichkeit. Wenn es auf jemanden persönlich lautet, was er dort macht oder nicht macht, ist es eine Sache, aber wenn jemand anderer etwas erzählt, was dort angeblich am Laufen ist, ist das sehr bedenklich für die Zukunft und für die ganze Arbeit im Prüfungsausschuss. Er hat die Bitte, dass Inhalte und Gespräche solcher Sitzungen voll vertraulich sind und er ersucht, das schon zu respektieren, sonst ist es in Zukunft nicht mehr gewährleistet, egal wer auf der Regierungsbank und wer in der Opposition sitzt, das vernünftige Kontrolle dadurch geschehen kann.

Er hat heute nachgeschaut bei den Anfragen der Bürger, wo der Bürgermeister gesagt hat, dass man kein Geld habe, da werde man wohl in der Lage sein, wo wir ja zu etwas sagen, zu überprüfen. Als Gemeindevertreter hat man die Möglichkeit zum Wohl unserer Gemeinde zu arbeiten. Dass man nicht Geld ungeprüft ausgibt, und in irgendeinen Zug verschwinden lässt, dass kann nicht unsere Funktion sein. Er muss sagen, wenn man sich das Protokoll genau angeschaut hat, dann sieht man, dass der

Bürgermeister zu jeder zweiten Wortmeldung pro geworben hat.

GV.Gaisbichler betont, dass nicht der Eindruck entstehen soll, ob er für oder gegen das Regionalmanagement ist. Er gibt derzeit dazu keine Meinung ab, er höre sich das an, und wird dann entscheiden. Er ist auch nicht gegen die Evaluierung. Er ist der Meinung, der Weg, den GR.Födinger vorgeschlagen hat, ist nicht der Richtige.

Er wehrt sich ganz entschieden dagegen, dass ihm mangelndes demokratisches Verständnis vorgeworfen wird. Es ist ein Recht, eine freie Meinung zu äußern, es ist Recht, auch zu Dingen Stellung zu nehmen und es bleibt ihm allein persönlich vorbehalten, ob er sagt, was er tut, oder was er nicht tut und er lässt sich sicher keinen Maulkorb auflegen und auch nicht, wenn es ein moralischer ist. Es kann dem GR.Födinger Recht oder nicht Recht sein - wenn er der Meinung ist, dass es für seine Person nicht gut ist.

GR.Hackl äußerte sich zu der Aussage von GR.Födinger, dass es sehr wohl im Prüfbericht drinnen ist, aber unter Antrag 2, und man ist noch bei Antrag 1. Zur Aussage von GR.Roither betont er, dass es in der Sitzung diskutiert wurde und er gibt ihm schon Recht, dass in diesen Texten eigentlich alles verpackt ist, dass ist „eierlegende Wollmilchsau“.

Wenn man heute die Chance hat, dem Regionalmanagement klarzumachen, es kommt da etwas nicht rüber, und das Regionalmanagement sagt, ok, ihr habt es auf Grund der Grundlage überprüft, dass können wir nicht erfüllen, wir machen uns neue Ziele, dann haben wir ein Riesending erreicht. Vielleicht ist denen auch nicht bewusst, dass sie da bewusst oder unbewusst alles Unmögliche versprochen haben, und wenn man das als Summe hernimmt, was da drinnen steht, dann muss es der „Überdrübereverein“ sein.

Zur Aussage von GV. Gaisbichler meinte er, dass es richtig ist, dass der Gemeinderat der letzte Entscheidungsträger ist, ob man dabei bleibt oder nicht. Man sollte einmal selbst das Gewissen erforschen, was man weiß, was man vor drei Jahren beschlossen hat. Was wissen wir wirklich und was ist unsere eigene Meinung. Er hofft, dass die komplette Runde am Donnerstag da ist.

GR. Wechselauer betont, dass Evaluierung für ihn leider aus seinen beruflichen Erfahrungen einen negativen Touch hat, weil sehr oft Fragebögen ohne der entsprechenden Achtsamkeit ausgefüllt werden. Das heißt, dass einfach ein bisschen dahingekreuzt wird, um irgendetwas stehen zu haben. Er hat Bedenken, wenn man diesen Fragebogen heute erhalten wird, dass er ihn wirklich mit bestem Gewissen ausfüllen kann. Er kann sich nicht vorstellen, dass er ohne Hinterfragungen und ohne Informationen das beantworten kann. Er muss schon von der Zielsetzung ausgehen.

Dieser Fragebogen wird als Endergebnis herausbekommen, ob der Gemeinderat von Seewalchen über das Regionalmanagement informiert ist oder nicht. Man muss die Konsequenzen auch bis dahin ziehen und sagen, sind wir fähig, solche Beschlüsse zu machen oder nicht. Es trifft seines Erachtens nicht das Regionalmanagement, denn dazu muss man sich schon Informationen holen können, und man muss darauf eingehen können, oder möchte man vielleicht Personen sprechen, die daran beteiligt waren. Er selbst habe auch Bedenken, wenn es Fragen in der Richtung gibt, sie hier zu beantworten, denn bevor er etwas Halbwahres hinschreibt, schreibt er lieber auch nichts hin.

Vizebgm.Eisterer stellt fest, dass viel von Evaluierung gesprochen wurde. Evaluierung wird so dargestellt, als ob es etwas Unseriöses wäre. Bei einer Evaluierung ist ein Stärke-Schwäche-Profil zu erstellen, und genau dasselbe würde man mit dem Fragebogen heute machen. Der Fragebogen wird von den Herren der ÖVP so dargestellt, als ob das etwas Unseriöses wäre. Evaluierung ist nirgends etwas unseriöses, es ist nur die Frage, wie man mit dem Ergebnis umgeht.

Vizebgm.Eisterer denkt, dass 31 Gemeinderäte soweit mit der Materie vertraut sind, dass sie sich zutrauen können, einen Fragebogen auszufüllen und das Ergebnis entsprechend auswerten zu lassen. Es kann nicht sein, dass man sagt, das will man gar nicht, denn das könnte mir gefährlich werden. Irgendwo hat sie herausgehört, dass die Herren von der ÖVP Angst haben, es kommt ein schlechtes Ergebnis heraus, dass bedeuten würde, Seewalchen hat bisher vom Regionalmanagement überhaupt nichts profitiert und Seewalchen möchte schon alleine aus Kostengründen im Regionalmanagement nicht mehr Mitglied sein. Es ist ja nicht so. Herr Gaisbichler hat zitiert, dass man durchwegs positiv eingestellt ist. Man muss auch sagen, man habe jetzt fast 4 Jahre vom Regionalmanagement überhaupt nichts gespürt. Man hat hineinbezahlt man nimmt an, dass es ca. € 10.000,- sein werden und man hat überhaupt nichts gemerkt und wir hatten keine positive Reaktion oder irgendein Projekt für Seewalchen bekommen.

Da ist es legitim, dass man als Gemeinderat sich Gedanken macht und nachfragt, in diesem Fall in

der Form als Evaluierungsfragebogens, gibt dieses Regionalmanagement für uns das, dass wir uns vorgestellt haben. Daher versteht sie nicht, wenn man jetzt diesen Fragebogen wie eine heiße Kartoffel wieder fallen lässt.

GR.Berger U. betont, dass sie sich an ihre Vorrednerin anschließen möchte, und sie sieht es in ihrem Verantwortungsbereich, für Seewalchen etwas zu entscheiden. Man hat vor ca. 3½ Jahren ja gesagt, und man hat damals auch beschlossen, die Evaluierung nachzutragen, nachzuschauen, wie geht es mit diesem Verein, dem man beigetreten ist. GR.Berger U. meint, dass man jetzt gefordert ist, wieder zu entscheiden. Jeder von den 31 Gemeinderäten hat den Wohnsitz in der Gemeinde Seewalchen – sonst kann er nicht Gemeinderat sein – jeder hat in den letzten 3½ Jahren in dieser Gemeinde und in dieser Region gelebt. Man ist von den Bürgern Seewalchens als Vertreter gewählt worden. Ja oder nein ist heute nicht zu entscheiden, sondern man sitzt heute beisammen und man soll gemeinsam etwas erarbeiten. Sie hat keine Bedenken, diesen Weg mitzugehen.

GREM.Ebner meint, dass sie irritiert über die Wortmeldung von GV.Gaisbichler ist. Am meisten irritiere sie der Fraktionszwang, den man rausgehört habe. Es geht hier um die Sache, und es soll kein Politikum daraus gemacht werden. Es steht ihm zu, dass er es für seine Person anders haben möchte, aber die Fraktion, dass sind viele Leute und er sollte nicht über die Köpfe der Leute hinweg entscheiden.

Bei der nächsten Gemeinderatssitzung soll beschlossen werden, will man dabei bleiben oder nicht. Es ist ganz wichtig, dass man den Fragebogen ausfüllt, auch für zukünftige Mitgliedschaften, damit man nicht mehr in diese Situation kommt, dass man 3 Jahre wo dabei ist und € 8.000,-- zahlt, noch ein 4. Jahr dabei ist und dann weiß man nicht, was man gehabt habe.

GR.Zirkel meint zur ÖVP-Fraktion, dass die Wahrnehmung eine Gottesgabe ist, entweder man hat sie, oder man hat sie nicht. Er fragt, ob die ÖVP-Fraktion Angst davor hat, die Wahrnehmungen zu outen. Er glaubt, dass man eine Verpflichtung hat, diesen Beschluss zu kontrollieren. Ist das passiert, was man sich vorgestellt hat, hat man es so wahrgenommen? Er glaubt, dass es für jeden Gemeinderat eine Verpflichtung ist, sonst steht man neben dem Eid.

GR.Ebetsberger Thomas betont, dass er sich sehr schwer tut beim Bewerten des Regionalmanagements. Er ist erst seit einem Jahr dabei, darum fehlen ihm die Hintergründe. In diesem Zusammenhang möchte er eine Aussage von der SPÖ-Fraktion wegen der Biogasanlage zitieren: „Man kann nur etwas bewerten, wenn man Informationen dazu hat“. Er kann es nicht mit gutem Gewissen bewerten.

Vizebgm.Schachl meint, dass GREM.Ebner da etwas missverstanden hat. Denn GV.Gaisbichler hat nicht im Namen der Fraktion gesprochen, sondern für seine Person, dass er den Fragebogen nicht ausgefüllt abgeben wird. Ein Fraktionszwang ist bei der ÖVP-Fraktion sicher nicht der Fall.

Es ist vom GV.Gaisbichler nur eine Empfehlung. Vizebgm.Schachl meint, dass die ÖVP-Fraktion vor der Auswertung der Fragebögen sicher keine Angst hat, sondern es geht um eine Form, die die ÖVP-Fraktion für nicht richtig hält.

Es ist sicherlich sinnvoll und gut, etwas zu bewerten, aber dafür braucht man entsprechende Informationen. Wenn es einen Sinn ergibt, wird die ÖVP-Fraktion sicher dabei sein, und wenn es keinen Sinn ergibt, wird die ÖVP-Fraktion nach reiflicher Überlegung auch dagegen sein.

GR. Berger U. antwortet auf die Wortmeldung von GR. Ebetsberger Thomas. Man spricht hier von einem Tag, am Montag hat man es erfahren, am Dienstag soll man entscheiden, ein Tag als Gemeinderat. Sie meint zu GR.Ebetsberger Thomas, dass er von 1 Jahr spricht und sie glaubt, dass er schon viele Jahre in der Gemeinde lebt. Nachdem er sich zur politischen Mitarbeit bereit erklärt hat und das Leben in der Gemeinde vorher schon beobachtete, kann sie sich nicht vorstellen, dass man sich für das Amt des Gemeinderates bereit erklärt und vorher das Leben in der Gemeinde nicht beobachtet hat.

GV.Berger K. betont, dass sich nicht die Frage stellt, wie man mit dem Regionalmanagement umgeht, sondern welche Wahrnehmung hat man über das Regionalmanagement. Es geht dabei nicht um die Bewertung, sondern es geht darum, was hat man, oder was hat man als Gemeinderat. Er war bei diesem Beschluss nicht im Gremium, er hat jedoch versucht, sich ein bisschen zu informieren.

Welche positiven Dinge hat das Regionalmanagement oder die Mitgliedschaft bei diesen Regionalmanagement für Seewalchen gebracht. Er glaubt, dass alle gewusst haben, dass dieses Thema am Tisch liegen wird, und es hat jeder die Möglichkeit gehabt, sich zu informieren. Er glaubt, dass der Vergleich zur Biogasanlage ein hinkender und nicht richtiger ist.

Bei der Biogasanlage hat man der SPÖ innerhalb von Stunden einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, mit Fakten, die keine Fakten waren. Sie wussten nicht einmal, und er glaubt, dass einige bis heute noch nicht wissen, über welchen Standort diskutiert wurde. Sie wussten nicht, wie groß, wie dick, wie klein, schädlich oder nicht schädlich, positiv oder negativ. Das man das hier vergleicht mit einer Bestandsaufnahme über eine Mitgliedschaft, die über 3 Jahre läuft, hält er für nicht vernünftig und ist wahrscheinlich auch der Sachlichkeit diesem Gremium nicht zuträglich.

Er glaubt, dass man sich der Aufgabe stellen soll, und man soll diesen Fragebogen ausfüllen, um einfach für sich selber festzustellen, über einige Punkte weiß man nicht Bescheid. Er kennt diesen Fragebogen nicht, und es kann ihm unter Umständen genau so gehen. Es soll eine Basis sein, für uns und auch für das Regionalmanagement, in Zukunft Schwächen auszumerzen und vielleicht einen entsprechenden Input in das Management zu bringen, was dort positiv aufgenommen wird. Oder einen entsprechenden Input für uns, wie wir in Zukunft mit diesen Dingen umgehen sollen. Er ersucht, diesen Punkt positiv aufzunehmen und er wird auf jeden Fall zustimmen.

GR.Wechselauer betont, dass es jetzt ausschaut, wie wenn es etwas Böses wäre. Er finde es gut, dass sich der Prüfungsausschuss Gedanken gemacht habe, das zu überprüfen. Er betont, dass die Art für ihn nicht geeignet ist. Es ist eine Sache der Wahrnehmung, und er möchte nicht, dass die Wahrnehmung als Grundlage für die Entscheidung pro oder contra Regionalmanagement herangezogen wird. Man sollte so ehrlich sein und abstimmen, ob der Gemeinderat Bescheid weiß. Man kann nicht sagen, ob das eine Stärke oder eine Schwäche des Regionalmanagements ist. Diesen Schluss zu ziehen, findet Herr Wechselauer falsch. Man kann höchstens sagen, dass sie ein schlechtes Werbeimage geführt haben. Herr Wechselauer hat Angst, in kurzer Zeit das wieder zu geben, weil er glaubt, dass es zu falschen Eindrücken führt.

GR.Vogel W. meint, dass es keinen Fragebogen gibt und es auch keinen geben wird in der Schnelligkeit, der das Arbeiten des Regionalmanagements beurteilen kann. Was rübergekommen ist, das ist zu bewerten. Er fühlte sich gut informiert über das Regionalmanagement, z.B. das der Nachtbus immer in den Tätigkeitsberichten aufscheint. Er kann sicher gut beurteilen, was herüber gekommen ist und wie gut die Wahrnehmung ist, die man hat. Es ist eine subjektive Wahrnehmung von dem, was das Regionalmanagement ausmacht, und sicher auch eine interessante Größe für eine weitere Diskussion.

GR.Püringer betont, dass man vor 4 Jahren einen Vertrag abgeschlossen hat, wo man Geld investierte und man hat bis heute keine Leistung dafür bekommen. Es ist höchste Zeit zu prüfen. Der Prüfungsausschuss hat einen Vorschlag vorbereitet und er glaubt, dass man das als ersten Ansatz zur Kenntnis nehmen sollte.

GR.Kaniak betont, dass es eine außergewöhnliche Sache ist. Er kann sich nicht erinnern, dass in den letzten 15 Jahren über einen Prüfungsausschussantrag jemals eine Diskussion in diesem Ausmaß stattgefunden habe und bei dieser Qualität. Wenn es nicht gelingt diese kritische Größe zu erreichen, in der Bevölkerungsstruktur mit Schörfling und mit Lenzing zusammen, dann sind wir nur eine marginale Größe, dann geschieht das, was man gerade erlebt hat, dass man unseren Bürgermeister gratulierend und Sandwichessend bei der Lutz-Eröffnung in Vöcklabruck sieht und dann Bürgermeister Brunsteiner für die Neueröffnung gratuliert, und dann des nächsten und des nächsten und des übernächsten. Dann kommt man zum Krankenhaus – was auch alle wollten – und dann wird man prüfen, ob es das richtige war oder der verkehrte Platz war. Weil wir uns keine Partner suchen, mit denen man etwas bewegen könnte, der Regionalverein mit 52 Gemeinden wird nicht Extrawurst für Seewalchen machen. Der Bürgermeister und die Gemeindeführung müssen sich Gedanken machen, wie man mehr für unser Gebiet tun könnte

GR.Huber F meint, dass jedes Unternehmen angehalten ist, seine Ziele in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und dasselbe gilt auch hier. Die ÖVP-Fraktion glaubt, dass der Zeitpunkt nicht der richtige ist. Man sollte Frau Schönpass die Möglichkeit geben, hier Bericht zu erstatten und man sollte ihr eine Chance geben, diese Evaluierung um eine Sitzung zu verschieben.

GR.Födinger betont, dass man nicht so tun dürfe, wie wenn nichts geschehe beim Regionalverband. Wer die Vorbereitungen für eine Gemeinderatssitzung ernst nimmt und dazu unter anderem auch die Fraktionssitzung, der hat die Möglichkeit gehabt, in die Geschäftsberichte einzusehen. In dem Geschäftsbericht sind sämtliche Aktivitäten aufgelistet, darum habe er vorher protestiert. Es gibt auch Positives. Der sich die Mühe gemacht hat, sich vorzubereiten, der hat gefunden, dass das Regionalmanagement unter anderem Biogasfachtage veranstaltet hat. Jeder hätte sich das anschauen können. Wenn man die Aufgaben ernst nimmt, dann wird man in Zukunft für Seewalchen besser arbeiten.

Der Bürgermeister betont bezüglich des Nachtbusses, dass es eine Initiative der REVA war. Es ist dann aber mit der Gründung des Regionalmanagements in die Verwaltung des Regionalmanagements übergegangen. Daher berichtet es einfach regelmäßig über die Aktivitäten dieses Projektes.

Der Bürgermeister möchte auch zu der Wortmeldung von Herrn Kaniak Stellung nehmen. Es hat ihn schon im Dialog der Bericht von Herrn Kaniak über das Gratulieren bei der XXXLutz-Eröffnung gestört. Er war nicht dort, um Herrn Brunsteiner zu gratulieren. Er war dort als Gemeindevertreter eingeladen, und Dr. Richard Seifert war jahrelang ein persönlicher Sponsor der Gemeinde Seewalchen. Er hat jahrelang das Strandbad Seewalchen mit mehreren zig-tausend Schilling durch Sponsorverträge unterstützt.

Grundsätzlich geht es um den Antrag des Prüfungsausschusses und er tut sich hart, weil er bei der Prüfungsausschusssitzung nicht dabei gewesen war und er wird sich auch bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Er möchte einerseits der Arbeit des Prüfungsausschusses große Akzeptanz zollen, sie haben sich in einer sehr langen Sitzung intensiv mit dieser Angelegenheit auseinandergesetzt. Trotzdem teilt er auch die Bedenken, dass der Zeitpunkt und die Art des Fragebogens noch einmal überdacht werden sollen.

Er wird den Fragebogen ausfüllen, denn er war bei der Gründungssitzung dabei, und er war auch damals bei den Infoveranstaltungen um den Sinn und Zweck des Regionalmanagements dabei. Er denkt, auch als Vertreter in der Generalversammlung kann er sehr wohl ein Stimmungsbild und ein Ersturteil abgeben. Es wäre aber sinnvoller, die Infoveranstaltung in der Gemeinde abzuwarten.

Der Bürgermeister lässt über den von Obfrau-Stv. Hackl gestellten 1. Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	19 Stimmen	ÖVP-Fraktion:	1	Dachs-Machatschek
		SPÖ-Fraktion:	12	
		FPÖ-Fraktion:	3	
		Grüne-Fraktion:	3	
Gegen den Antrag:	3 Stimmen	ÖVP -Fraktion:	3	Gaisbichler, Wechselauer, Ebetsberger Th.
Stimmenthaltung:	9 Stimmen	ÖVP-Fraktion:	9	ohne Gaisbichler, Wechselauer, Ebetsberger Th.

Obfrau-Stv. Hackl stellt den 2. Antrag,
der Prüfungsausschuss empfiehlt vor zukünftigen Entscheidungen über den Beitritt zu Vereinen oder sonstigen Organisationen im Vorfeld einen Evaluierungsentwurf auf Basis der Zielsetzungen auszuarbeiten, einen Evaluierungszeitpunkt festzulegen und diese Punkte als Entscheidungsbestandteile für künftige Mitgliedschaften aufzunehmen.

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

6. Bebauungsplan Nr. 37 „Schmölz“ – Änderungsantrag

Antrag auf Änderung der Bebaubarkeit im Bereich des Grundstücks Nr. 966/6, KG. Litzlberg beim best. Objekt Windtal 5.
Antrag von Hr. Mag. Karl u. Fr. Eleonore Schmölz, Windtal 5, 4863 Seewalchen.

BA-Obmann Vizebgm.Schachl

Mit Eingabe vom 30. Juli 2004 wurde die gegenständliche Bebauungsplan-Änderung beantragt. Es ist beabsichtigt beim bestehenden Objekt Windtal 5 südseitig einen Wintergartenzubau zu errichten. Dazu wäre es erforderlich, die Baufluchtlinie in Richtung Süden zu erweitern. Der Ortsplaner hat mit Schreiben vom 10. September 2004 eine fachliche Stellungnahme abgegeben. Dabei wird die geplante Änderung grundsätzlich befürwortet. Die bebaubare Fläche wäre jedoch auch auf dem Nachbargrundstück Nr. 966/5 entsprechend zu erweitern. Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. September 2004 mit dieser Angelegenheit befasst.

Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, aufgrund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses und aufgrund der positiven Stellungnahme des Ortsplaners dem gegenständlichen Antrag auf Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Schmölz“ zuzustimmen. Gemäß der Stellungnahme des Ortsplaners soll auch der Bauwuch auf dem Grundstück Nr. 966/5 auf 3,0 m verschoben werden. Weiters soll an der Westseite des Grundstücks Nr. 966/6 der Bauwuch ebenfalls auf 3,0 m verlegt werden. Die verbaute Fläche des Hauptgebäudes soll im Bebauungsplan mit max. 105 m² beschränkt werden.

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

7. **Bebauungsplan Nr. 41 „Moos“ – Änderungsantrag**

Antrag auf Genehmigung der Bebaubarkeit im Bereich des Grundstücks Nr. 1135/2, KG. Litzlberg; Antrag von Frau Margit Bilek, 1040 Wien.

BA-Obmann Vizebgm.Schachl:

Mit Eingabe vom 17. August 2004 wurde die gegenständliche Bebauungsplan-Änderung beantragt. Es ist beabsichtigt auf dem Grundstück Nr. 1135/2, KG. Litzlberg einen eigenen Bauplatz zu schaffen. Der Ortsplaner hat mit Schreiben vom 10. September 2004 eine fachliche Stellungnahme abgegeben. Dabei wird die gegenständliche Abänderung des Bebauungsplanes grundsätzlich befürwortet und im Sinne einer sparsamen Inanspruchnahme von Bauland eine eigenständige Bebauung auf dem Grundstück Nr. 1135/2 als sehr sinnvoll erachtet. Im Falle einer positiven Beschlussfassung ist im Zuge des Bauplatz- u. Baubewilligungsverfahrens auf eine entsprechende Zufahrt Bedacht zu nehmen.

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. September 2004 mit dieser Angelegenheit befasst.

Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,

aufgrund der mehrheitlichen Empfehlung des Bauausschusses sowie aufgrund der positiven Stellungnahme des Ortsplaners der beantragten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41 „Moos“ zur Schaffung eines zusätzlichen Bauplatzes zuzustimmen. Eine ordnungsgemäße Zufahrt ist nur über das Grundstück Nr. 1140/4 möglich und soll an der Grundgrenze zu Grundstück Nr. 1140/6 führen. Eine Mindestbreite von 3,5 m ist Voraussetzung.

Sollte für die Kanalaufschließung des neuen Bauplatzes ein Stichkanal erforderlich sein, so sind die Kosten hierfür von den Konsenswerbern zu tragen.

GR. Püringer betont, dass er sich schon im Ausschuss darüber geäußert habe, dass sich hier eine private 3 m breite Zufahrt befindet, und die jetzt auf 3,5 m erweitert werden soll. Er sieht in Zukunft keine Möglichkeit für Schneepflug oder für den Mülltransport, dort durch zu kommen. Er sieht, dass solche Maßnahmen immer zu Problemen geführt haben, und früher sind viele Siedlungs- und Dorfstraßen so entstanden. Man hat eine Baubewilligung erteilt, wenn er 3 Meter Fahrt vorhanden war und wenn man es ausgehandelt hat, dann hat man auch eine Baubewilligung bekommen und

dann ist es immer so weiter gegangen. Auf einmal hat man eine Siedlungs- oder Dorfsstraße von 3 Metern. Dann kommen die Schwierigkeiten für die Gemeinde, die nicht mehr wegzubringen sind. Dazu kommt noch, dass jeder seinen lebenden Zaun hinsetzt, der auch noch rauswächst. In Steindorf gibt es auch solche Situationen. Er glaubt, dass man in der heutigen Zeit solche Schritte nicht mehr setzen sollte und er werde sich heute wieder der Stimme enthalten.

GR.Födinger betont, dass es ihn nur interessieren würde, wie weit es einen Rechtsanspruch für Grundeigentümer gibt, dass der Müll von der Grundgrenze abgeholt wird. Er glaubt zu wissen, dass es in der Gemeindezeitung einmal dargelegt wurde.

Der Bürgermeister antwortete auf die Anfrage von Herrn Födinger, dass er nach Rücksprache mit AL. Schmidt antworten könne, dass es keinen Rechtsanspruch gibt, dass die Mülltonne irgendwo vor der Haustüre oder sonst wo abgeholt werden muss. Die Abholung wird durch die Müllordnung von der Gemeinde definiert. Man habe ein Akkordsystem, wo bereits sehr viele ihre Mülltonnen zur nächstgelegenen Straße bringen.

Der Amtsleiter erläutert, es sei in der Müllordnung geregelt ist, wo die Tonne zum hinbringen ist. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen besteht auch die Möglichkeit im Zuge des Anschlusspflichtbescheides festzulegen kann, wo man die Tonne hinbringen soll. Man bemüht sich, im Zuge der bürgerfreundlichen Dienstleistung soweit wie möglich die Tonne beim Haus zu holen. Es gibt große Probleme bei herabhängenden Ästen oder Sträucher, sodass der Müllwagen nicht fahren kann. Die Beschwerden vom Müllfahrer häufen sich in letzter zeit.

GR.Zirkel betonte, soweit er informiert ist, ist ab der Atterseebundesstraße der Weg hinein als Privatweg deklariert. Es war auch so, dass diese Parzelle einmal eine eigene Parzelle dargestellt war. Auf Ersuchen des Erblassers wurde das zusammengelegt. Der neuen Besitzerin, sprich der Erbin, ist es zuviel und sie möchte es wieder trennen. Er sieht da kein Problem, speziell durch die Bauplatzbewilligung, wo die Breite der Straße festgelegt wird. Er sieht auch kein Problem, dem zuzustimmen.

GR.Huber H. fragt, ob es bei dieser Zufahrt ein Fahrrecht gibt, seitens des zweiten Grundbesitzers?

Vizebgm. Schachl antwortet, dass für dieses bestehende Grundstück ein Fahrrecht gibt. Für den neuen Bauplatz muss ein entsprechendes Übereinkommen vom Verkäufer getroffen werden.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	30 Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
		SPÖ-Fraktion:	11	ohne Püringer
		FPÖ-Fraktion:	3	
		Grüne-Fraktion:	3	
Stimmenthaltung:	1 Stimme	SPÖ-Fraktion:	1	Püringer

8. Bebauungsplan Nr. 50 „Hehenfelder“ – Aufhebung

Antrag auf Aufhebung des Bebauungsplanes von Hr. Franz Hehenfelder, Roitham 6, 4863 Seewalchen; GR-Beschluss vom 3. Juni 2004

BA-Obmann Vizebgm.Schachl:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 10. Juni 2003 wurde der Bebauungsplan Nr. 50 „Hehenfelder“ beschlossen. Es war dort die Errichtung einer Garagenanlage (6 Garagen) für die umliegenden Wohnliegenschaften beabsichtigt. Die Planungsabsicht hat sich zwischenzeitlich geändert. Die Garagenanlage soll nicht mehr errichtet werden. Vielmehr sollen die Grundstücke entgegen den Vorgaben des zwischenzeitlich rechtswirksamen Bebauungsplanes geteilt werden. Die Aufschließung der südlich angrenzenden neu gewidmeten Parzellen soll ebenfalls anders als ursprünglich geplant erfolgen. Diesen Planungen steht nun der Bebauungsplan entgegen.

Mit Eingabe vom 19. April 2004 wurde bereits die Aufhebung des Bebauungsplanes beantragt.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 3. Juni 2004 der Aufhebung des Bebauungsplanes nicht zugestimmt.

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. September 2004 neuerlich mit dieser Angelegenheit befasst.

Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, aufgrund der mehrheitlichen Empfehlung des Bauausschusses den gegenständlichen Bebauungsplan Nr. 50 „Hehenfelder“ aufzuheben. Durch die Aufhebung dürfen der Gemeinde keine Kosten entstehen.

GR. Hackl betont, dass Hehenfelder ein Kandidat ist, der schon des Öfteren behandelt wurde. Er kann keinen Unterschied zu der Aktenlage vom 3.6.2004 finden, wo der Gemeinderatsbeschluss negativ war. Er ersuche den Bauausschussobmann, ob er mit zwei Sätzen erklären kann, was sich an den Fakten seit der letzten Sitzung geändert hat, dass der Bauausschuss jetzt zu einer Empfehlung kommt.

Vizebgm. Schachl antwortete, dass der Bauausschuss das letzte Mal schon eine mehrheitliche Empfehlung abgegeben hat, und es gibt ein neuerliches Ansuchen von Herrn Hehenfelder. Herr Schachl meint, dass die Gemeinde nichts davon hat, wenn sie es ablehnt. Er glaubt, dass man für den Bürger entscheiden soll.

GV.Berger K. betont, dass sich an den Fakten nichts geändert habe. Der Bauausschussobmann meint, dass die Aufschließung erfolgen sollte. Er glaubt, das Problem ist, mit dem man konfrontiert wird ist, dass es nicht erfolgen soll, sondern, dass es bereits erfolgt ist, und das soll jetzt im Nachhinein genehmigt werden. Diese Vorgangsweise ist nicht angetan, dem Bürger entgegenzukommen. Diese Vorgangsweise führt das Entscheidungsgremium ad absurdum. Wenn man sich das sachlich anschaut, spricht nichts dagegen, diese Änderung zu akzeptieren. Mit einer Kleinigkeit, das auf diesem Teilungsplan, der im Bauausschuss vorgelegt wurde, bei den Fraktionssitzungen aber nicht vorgelegt wurde, ein Teil der Trompete fehlt, damit der eine Anschlussweg im Endeffekt vernünftig geschlossen werden kann.

Es kann aber nicht sein, dass der Bürger eine Information bekommt, und man wird dann im Nachhinein zustimmen. Er glaubt, dass diese Vorgangsweise nicht rechtens ist, und deswegen nicht rechtens gegenüber all jenen Bürgern, die sich an die Buchstaben des Gesetzes halten, die Entscheidungen des Gemeinderates oder der entsprechenden Gremien abwarten, bis sie Fakten setzen. Es ist sehr schwer, gegen diese Sache zu entscheiden. Gegen die Vorgangsweise muss man auf jeden Fall entscheiden. Er glaubt, man sollte hier wirklich, wenn man heute dazu kommt, das der Antrag durchgeht, das letzte Mal so zu entscheiden, weil diese Art kann und will die SPÖ-Fraktion sicher nicht akzeptieren und er als Person kann es auch nicht akzeptieren.

GR.Zirkel betont, dass diese Sache schon lange die Gremien beschäftigt, und man ist auch sehr lange an der Nase herumgeführt worden, von Herrn Pixner. Für ihn hat sich schon etwas geändert seit dem letzten Mal. Letztes Mal ist weder der Vermessungsplan vorgelegen, der auch in der Bauausschusssitzung das letzte Mal auch nicht aufgelegt war, und erst nach dem Verlangen von ihm im Bauamt geholt wurde. Es sind die 5 Meter garantiert, bis auf die östliche Seite, die ist mit 3 Metern noch begrenzt, denn da muss erst mit den Nachbar gesprochen werden. Die Straßenbreite wird eingehalten. Die Garagen waren damals auch ein Entgegenkommen des Herrn Pixners für die Grundstücke. Wenn die Garagen jetzt weg sind, ist es vom Bild her besser, denn auf diesen Streifen die links und rechts den anderen Grundstücken zugeschlagen worden sind, kann man nicht bauen. Es sind dadurch keine neuen Parzellen entstanden. Er wird diesem Antrag zustimmen.

Vizebgm. Eisterer meint, dass sie sich dies vor Ort angeschaut hat, und möchte zur Sache sprechen. Sie denkt auch, dass die Garagen dort kein schönes Bild ergeben. So wie es jetzt ist, ist es wesentlich besser. Vielleicht soll man die Einfahrttrompete noch besser festlegen, für künftige Einfahrten, von Müllwagen und Schneepflug etc., dass es dann auch wirklich reibungslos in das erschlossene Gebiet gehen kann. Sie hat im Juni dagegen gestimmt, da sich aber die Lage jetzt verändert hat, wird sie dem Antrag sicher zustimmen.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag: 28 Stimmen **ÖVP-Fraktion:** 13

SPÖ-Fraktion: 10 ohne Berger K., Püringer
 FPÖ-Fraktion: 2 ohne Hackl
 Grüne-Fraktion: 3

Gegen den Antrag: 1 Stimme SPÖ-Fraktion: 1 Berger K.,

Stimmhaltung: 2 Stimmen SPÖ-Fraktion: 1 Püringer
 FPÖ-Fraktion: 1 Hackl

9. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2001 – Änderungsantrag

Antrag auf Umwidmung des Grundstücks Nr. 3505/2, KG. Seewalchen von Grünland in Bauland-Wohngebiet.;Antrag von Hr. Roland Lohinger, Steindorf 76a, 4863 Seewalchen

BA-Obmann Vizebgm.Schachl:

Mit Eingabe vom 29. Juli 2004 wurde die gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes beantragt. Die beantragte Fläche ist im örtlichen Entwicklungskonzept innerhalb der definierten Siedlungsgrenze. Der Ortsplaner hat mit Schreiben vom 2. August 2004 eine Stellungnahme abgegeben. Eine Umwidmung scheint aus fachlicher Sicht vertretbar.

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. September 2004 mit dieser Angelegenheit befasst.

Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, aufgrund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses sowie aufgrund der positiven Stellungnahme des Ortsplaners der gegenständlichen Änderung der Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2001 zuzustimmen.

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag: 30 Stimmen ÖVP-Fraktion: 13
 SPÖ-Fraktion: 12
 FPÖ-Fraktion: 3
 Grüne-Fraktion: 2 ohne Huber H.

Stimmhaltung: 1 Stimme Grüne-Fraktion: 1 Huber H.

10. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2001 – Änderungsantrag

Antrag auf Umwidmung von Teilen der Grundstücke Nr. 78 u. 81, KG. Litzlberg von Grünland in Bauland-Wohngebiet

Antrag von Frau Gertrude Löschenberger, Buchberg 1, 4863 Seewalchen

BA-Obmann Vizebgm.Schachl:

Mit Eingabe vom 22. Juni 2004 wurde die gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes beantragt. Die beantragte Fläche ist im örtlichen Entwicklungskonzept innerhalb der definierten Siedlungsgrenze. Der Ortsplaner hat mit Schreiben vom 12. Juli 2004 eine Stellungnahme abgegeben. Eine Umwidmung scheint aus fachlicher Sicht denkbar, da im Örtlichen Entwicklungskonzept eine Siedlungsentwicklung in diesem Bereich vorgesehen ist. Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. September 2004 mit dieser Angelegenheit befasst.

Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, aufgrund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses sowie aufgrund der positiven Stellungnahme des Ortsplaners der gegenständlichen Änderung der Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2001 zuzustimmen.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

11. Verkehrssicherheit

Antrag auf Herstellung eines Fußgängerüberganges und Gehsteigverlängerung in der Hauptstraße; Antrag von Wilhelm Hüttler, Müllnerweg 5, 4863 Seewalchen

BA-Obmann Vizebgm.Schachl:

Mit Eingabe vom 18. Juni hat Hr. Wilhelm Hüttler einen Antrag auf Herstellung von Fußgängerübergängen und einer Gehsteigverlängerung in der Hauptstraße gestellt. Es handelt sich dabei um den Bereich Kirchenplatz – Kroiß – Stallinger – Tostmann. Diese Gefahrenstellen wurden bereits mehrmals mit Hr. Dr. Grund von der BH-Vöcklabruck und dem verkehrstechn. Amtsachverständigen Ing. Hamminger begangen. Die Anbringung eines Zebrastreifens wurde dabei aus fachlicher Sicht aufgrund der mangelnden Sichtverhältnisse abgelehnt.

Der Gemeinderat hat sich diesbezüglich in seiner Sitzung am 24. Mai 2000 befasst und den einstimmigen Beschluss gefasst, in der Hauptstraße zw. Haus Kroiß und Stallinger bzw. Haus Idlhammer und Elisabethbrunnen derzeit keinen Schutzweg anzubringen, weil dazu umfangreiche straßenbauliche Maßnahmen erforderlich wären, die im Zuge der Zentrumsgestaltung in ein Konzept für die Neugestaltung der Hauptstraße einfließen sollen.

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. September 2004 mit dieser Angelegenheit befasst.

Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,

aufgrund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, den Antrag derzeit abzulehnen. Die gegenständlichen Verkehrssicherheitsmaßnahmen sollen in die Überlegungen im Rahmen der Gestaltung der Hauptstraße einbezogen werden.

Der Bürgermeister betont, dass es ein Thema ist, das uns schon mehrmals beschäftigt habe. Es ist einerseits auch für ihn als Bürgermeister oft mehr als unverständlich, wenn bei den dementsprechenden Begehungen mit den verkehrsrechtlichen und verkehrstechnischen Amtsachverständigen diese vertretbaren und durchführbaren Maßnahmen immer wieder abgelehnt werden. Man braucht, um an diesen Stellen diese Fußgängerübergänge genehmigt zu bekommen, eine Reihe von Zustimmungen und Voraussetzungen. Das eine sind vergrößerte Auftrittsflächen, die zum Teil nicht da sind, das zweite sind die Sichtwinkel bzw. , die Sichtweiten. Die würde man nur bekommen, wenn im Bereich Kletzl und Stallingerparkplatz die Säule beim Durchgangs am Eck des Stallingerstadels entfernt bzw. unterfangen wird, und damit in die Kurve Richtung Neissingerstrasse eine freie Sicht wird. Eine 30er-Beschränkung würde das Ansuchen auch erleichtern, weil da die Sichtweiten niedriger angesetzt werden. Im Zuge der Zentrumsgestaltung und Verkehrskonzept Ort Seewalchen sind die verschiedensten Möglichkeiten, die Verkehrsströme anders zu legen, auch durch den Bau der Umfahrungsstraßen, enthalten.

Wir sind noch nicht so weit, hier konkrete Angaben zu machen, aber es tut sich was im Hintergrund. Der Arbeitskreis Wirtschaft unter der Leitung von Amtsleiter Schmidt wird sich bereits in der nächsten Sitzung mit der Thematik Aignerareal-Bebauung und Kastingerareal-Bebauung beschäftigen. Im Hintergrund tun sich neue Begebenheiten auf, und auch beim Land OÖ hat es eine Nachfrage gegeben, wie weit die Planungen für die Entlastungsstraße zur Esso-Tankstelle hinunter gediehen sind. In diesem Zusammenhang wird man sich auch über die Gestaltung der Hauptstraße und die Führung des Verkehrs Gedanken machen, und dort wird man diese besonders wichtigen und sensiblen Stellen ansprechen.

Vielleicht gelingt es uns, die Hauptstraßenthematik vorzuziehen, wo es in nächster Zeit ein Gespräch geben wird mit einen möglichen Investor, der in irgendeiner Form mit seinen Planungen der Gemeinde entgegenkommt. Es ist noch nicht spruchreif, hier näheres zu erläutern. Dem Bürgermeister tut es sehr leid für Herrn Hüttler, weil er sich sehr engagiert in diesen Dingen. Aus heutiger Sicht ist es nicht seriös, hier Gemeinderatsbeschlüsse herbeizuführen, die rechtlich und technisch nicht exekutierbar sind.

Vizebgm. Eisterer betont, dass sie sich sehr freut, dass das Thema Verkehrskonzept jetzt auch einen Punkt beinhaltet. Sie hat schon des Öfteren darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig es ist, dass ein flüssiges Verkehrskonzept erstellt wird. Wie man gehört habe sind inzwischen vier Jahre vergangen und es ist nichts passiert. Speziell die Verkehrssituation im Zentrum ist teilweise untragbar und gefährlich. Gefährlich ist es für Fußgänger und Mütter mit Kinderwägen, die müssen auf der Straße fahren. Die Autofahrer nehmen sehr wenig Rücksicht auf diese Situationen. Die 30er-Beschränkung, die in der Hauptstraße gilt, wird sowieso negiert und es ist soweit, dass man die Verkehrszeichen nicht mal ordentlich sieht, wenn man in die Hauptstraße einfährt. Es ist wirklich dringend etwas notwendig. Das einzige was sie etwas bedenklich stimmt, ist, dass man das Verkehrskonzept gemeinsam mit der Zentrumsgestaltung machen möchte. Es hat schon etwas für sich, wenn im Zentrum bauliche Veränderungen gemacht werden bzw. geplant sind. Sie fürchtet, das man auf manche Projekte sehr lange wartet, und das es auch dann mit dem Verkehrskonzept sehr lange dauern wird, wenn man das mit der Zentrumsgestaltung koppelt. Daher macht sie einen Vorschlag, ob es nicht möglich ist, das Verkehrskonzept losgelöst von der Zentrumsgestaltung anzugehen, damit es einfach rascher passiert. Sie glaubt nicht, dass man warten muss, bis etwas passiert und durch einen Unfall jemand zum Schaden kommt.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Verkehrskonzept als Schwerpunkt auf der Tagesordnung in der nächsten Bauausschusssitzung ist. Bei der Zentrumsgestaltung war die Neugestaltung der Hauptstraße im weitesten Sinn ein Thema. Er glaubt, dass man beides im Auge behalten muss, aber am 14. Oktober ist die Bauausschusssitzung, Hauptthema ist Verkehrskonzept, Neuaufrollung, Status usw. Er glaubt, dass die Hauptstraße vom Ortseingang Hagebank bis Kreuzung Müllnerweg und vielleicht bis zur Rathauskreuzung sicher ein Schwerpunkt ist. Wenn es gelingt, in irgendeiner Form mit einem Investor, der auch etwas in diesem Bereich tun möchte, gemeinsam etwas auf Schiene zu bringen, kann das nur nützlich sein. Verkehrskonzept und Zentrumsgestaltung sind zwei verschiedene Bereiche, denn im Zentrumsgestaltungswettbewerb hat man alles mögliche drinnen gehabt, z.B. die neue Aufbahnhalle etc. Er finde es gut, wenn man sich schwerpunktmäßig mit der Hauptstraße auseinandersetzt.

GR.Vogel W. betonte, dass er Frau Eisterer zustimmen kann. Diese Situation ist wirklich untragbar und unter normalen Umständen hätte er nicht zugestimmt, wenn man wieder gesagt hätte, man verlegt es wieder und man schiebt es wieder hinaus.

GV.Berger K. hofft, dass man sich in einigen Wochen den euphorischen Meldungen des Bürgermeisters anschließen kann. Da man ein neues Konzept wieder präsentiert bekommt, bezüglich Hauptstraße nimmt er an, dass es von der Familie Rumplmayr sein wird. Die Familie Rumplmayr ist vor zwei Jahren an die Gemeinde herangetreten, und hat gesagt was sie alles machen möchten. Man habe aber nichts mehr gehört, außer das wir in der Zeitung gelesen haben, dass sie in anderen Orten und anderen Gemeinden investieren möchten und investiert haben.

Bezüglich Umfahrungsstraße wäre es wünschenswert und eine absolute Notwendigkeit. Man sollte vollständigshalber sagen, dass die Antwort vom Land aussagt, dass man frühestens im Jahr 2008 oder 2009 Möglichkeiten hat, dort etwas zu tun. Das sollte man der Vollständigkeit zur Information auf den Tisch legen und nicht falsche Begehrlichkeiten wecken.

Ein absolutes notwendiges Muss, und da ist man als Gemeinderat gefordert, das gehört hier hinzu. Vielleicht, dass man bei den Beratungen im Bauausschuss mitüberlegt, wie man es schaffen kann, für die Entlastungsstraße die entsprechenden Grundstücksreserven zu sichern. Man weiß, dass es beim Grundeigentümer nicht unbedingt Freude gibt mit dieser Entlastungsstraße. Und man wird gefordert sein, gemeinsam Lösungen zu finden, und aus diesem Grund sollte diese Vertagung heute noch einmal sein. Es soll nicht so sein, dass wir in 5 Jahren wieder zurückschauen, dass in diesem Jahr darüber gesprochen wurde.

GR. Kaniak stellt fest, dass er sich erinnern kann an die Zeit mit Bürgermeister Limberger. Als dieses Rathaus noch nicht einmal gestanden ist, hat man über dasselbe diskutiert. Er hat gehofft, dass er es noch erlebt. Das war ca. vor 7-8 Jahren und jetzt liegt der Zeitpunkt wieder auf 4 Jahre später. Das ist eine Grundvoraussetzung und man redet von einem Zentrum, das nicht vorhanden ist, und man redet von Plänen, die zwar vorhanden sind, aber nicht verwirklicht werden, man redet ununterbrochen, aber konkret, was für den Bürger greifbar ist, passiert nicht. Er appelliert an den Bürgermeister, dass er es wirklich einmal beschleunigen soll. Die schönsten Reden nützen nichts, wenn der Bürger es nicht mehr erlebt, sondern im Verkehrschaos versinkt. Wenn man auf Investoren wartet, die hier

investieren sollen, da müsste man etwas anderes machen. Da müsste man attraktiver werden, dass die Investoren herkommen. Man muss als Gemeinde eine Infrastruktur schaffen, damit Investitionen stattfinden können. Das ist der Vorgang und nicht umgekehrt.

Der Bürgermeister äußert sich zur Wortmeldung von Herrn Kaniak, dass die Investoren immer in seinem Munde waren, wenn es darum gegangen ist, zukunftsorientierte Pläne zu entwickeln. Er glaubt, man kann als Kommune nur gemeinsam mit privaten und gewerblichen Investoren etwas zuwege bringen.

GR.Kaniak meint, dass man sich Zeiträume setzen sollte, wenn der Bürgermeister die Parole ausgibt in 2 Jahren hat es zu stehen, dann hat sich das unterzuordnen. Da sind alle sicherlich dafür. Aber es muss ein Zeithorizont da sein und das gibt es bei uns nicht und das ist das Problem, was man hat. Darum wird es auch nie eingefordert. Da gibt es Personen, die das unter Allfälliges anfragen, aber mehr schon nicht.

GR.Zirkel betont, dass es nicht ganz so ist, dass gar nichts gemacht wird aber er möchte sagen, dass im Flächenwidmungsplan die Entlastungsstraße über Privatgrund im ehemaligen Kastingergelände fixiert wurde, und möglich geworden ist, dass die 8 Meter Trasse über das Aigner Gelände geführt werden kann. Über die Kirche hat er noch gar nichts gehört, was absolut wichtig ist zum schlüssig sein, aber da läuft gar nichts.

GR.Berger U. betont, dass sie mit den Kindern immer die Schulwege abgehen, und da werden die Gefahren besprochen. Sie sieht jetzt ihre Aufgabe als Gemeinderat, für die Kinder etwas zu tun. Sie wird diesem Antrag nicht zustimmen, denn jede kleine Maßnahme, die zur Sicherheit der Kinder herbeigeführt wird, würde sie begrüßen.

GR.Huber H. betont, dass er sich der Wortmeldung von Frau Berger anschließt. Er ist auch der Meinung, im Zentrum, dass mit wenig Geld viel zu erreichen wäre. Vielleicht mit einer 30er-Beschränkung oder Zebrastreifen oder Blinkanlage, dass man einfach auf die Gefahrenstellen hinweist, das man dort etwas umsetzt. Es muss doch mitten im Ort möglich sein, ohne dass man auf die Hauptstraße Rücksicht nimmt oder auf einen Investor wartet. Wenn man das nicht zusammenbringt, wann ist das sehr traurig. Vielleicht gibt es zu diesem Vorschlag Optimierungsmaßnahmen, dass man von der Bezirkshauptmannschaft eine positive Rückmeldung bekommt bezüglich der Sichtigkeit. Er kann es nicht ganz nachvollziehen, denn wenn man eine 30er-Beschränkung macht, dann fährt man so langsam, das man alles sieht.

Der Bürgermeister meint zur Wortmeldung von Herrn Huber H., dass das ein konkreter Vorschlag ist, und man brauche es nur versuchen, sich zu verständigen. Bei der nächsten Bauausschusssitzung ist eine Gelegenheit dazu, dass man für das Ortszentrum den 30 er bekommt. Man hat es schon mal versucht, aber da ist man beim Straßenerhalter, das ist die Landesstraßenverwaltung, abgeblitzt, weil die sagte bisher immer, dass es auf einer Landesstraße wie der St.Georgener Bezirksstraße, also einer Durchzugsstraße, keinen 30er gibt.

GR.Püringer fragt, ob er es so verstehen muss, dass man zuerst eine Umfahrung braucht, dass man die Bezirksstraße vom Ort rausbringt und dann kann man agieren und etwas machen. Bei dem Verkehrskonzept hat es damals viele Überlegungen gegeben, sogar durch Untertunnelung durch den Koaserberg. Das ist auch nicht so ohne, dass ist weniger Grundentwertung, aber es ist eine Preisfrage. Es wird aber woanders auch Geld investiert und das Land kann auch mal in Seewalchen investieren, und er hat auch damals eine Anregung gemacht, bevor der Stallingerplatz gestaltet wurde.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	23 Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
		SPÖ-Fraktion:	6	Berger K., Staufer, Püringer, Pewtkowitsch, Födinger, Aigner
		FPÖ-Fraktion:	3	
		Grüne-Fraktion:	1	Vogel W.

Gegen den Antrag: 6 Stimmen SPÖ-Fraktion: 4 Eisterer, Berger U., Kosch, Kritzinger
Grüne-Fraktion: 2 Huber, Ebner

Stimmenthaltung: 2 Stimmen SPÖ-Fraktion: 2 Mayrhofer, Husly

12. Allfälliges

- a) GR.Zirkel stellt fest, dass im Zuge des Flächenwidmungsplanes mit einigen Bürgern von Seewalchen Vereinbarungen getroffen wurden. Über Verwertung von Gründen über Fortführung von Wegen und Übernahme in das öffentliche Gut. Er fragt, ob da schon etwas geschehen ist, seitdem der Flächenwidmungsplan gültig ist.

Seine zweite Frage ist, da nächste Woche planmäßig die Haidacherstraße begonnen wird zum sanieren, ob das Einvernehmen mit allen Anrainer schon in Ordnung getätigt wurde.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Vereinbarungen mit den Grundbesitzern im Rahmen der Flächenwidmungsplanerstellung und Aufnahme von Neuwidmungsflächen stehen. Sie sind insofern nicht weiter verfolgt worden, weil man bezüglich der rechtlichen Abwicklung, bei Übertragung des Eigentumsrechtes an die Gemeinde, noch im leeren Raum steht, und er noch keine steuerlich für die Gemeinde und von den Vertragserrichtungskosten her günstige Regelung habe. Es gibt mehrere Varianten und Kollege Binder hat gemeint, man soll sich nicht nur notariell, sondern auch steuerlich bei Leitner & Leitner vorher absichern, bevor man da in die Vertragserrichtung eingeht. Aber das wird man sicher nicht aus dem Auge verlieren, denn das sind für die Gemeinde ganz wichtige Vereinbarungen. Bezüglich der Wege ist der eine Fall in Litzberg abgeschlossen, grundbücherlich noch nicht durchgeführt aber die Unterschriften auf den Vermessungsoperaten sind vorhanden.

GR. Zirkel meint abschließend, dass eine Vereinbarung mit der Unterschrift von den Fraktionen besteht, und ist unsicher, ob die Straße öffentlich übernommen wird bis runter zum letzten Haus. Er weiß, dass das letzte Haus noch immer privat ist.

Der Bürgermeister informiert bezüglich Haidacherstraße, dass der Baubeginn für kommenden Montag geplant ist. Die Vereinbarung, die bei der Begehung zustande gekommen ist, kommt leider nicht im vollen Umfang zur Geltung, weil es sich eine Grundanrainerin noch anders überlegt hat und diese Grundabtretung für diese Ausweiche nicht zur Verfügung stellt. Aus diesem Grund kann man auch die Ausweiche dort nicht durchführen und man muss im Bestand bleiben.

- b) GV.Berger K. hat auch zwei Anfragen an den Bürgermeister und betont, dass es heute schon ganz kurz angeschnitten worden ist. Das es letzten Donnerstag eine Begehung in Reichersberg gegeben hat und zwar im Zuge des Kanalbaus und Straßenbaus. Er hatte sich bei dieser Begehung erlaubt zu fragen, wo der Herr Dr.Vogel ist, als Umweltausschussobmann der zuständig ist für den Kanalbau. Er hat nach mehreren Nachfragen zur Antwort bekommen, dass er nicht eingeladen ist, daraufhin hat er gesagt, dass es nicht sein kann, dass der zuständige Kanalbaureferent nicht eingeladen ist, wenn es um Dinge geht, die den Kanalbau betreffen. Er glaubt, dass es nicht Rechtens ist, wenn man einfach Zuständigkeiten verschiebt wie es zeitlich hineinpasst. Wenn es der Gemeinderat beschließt, in welchen Ausschüssen die Agenden für irgendwelche Punkte sind, sollten sie auch dort bleiben. Er hätte gerne eine Antwort darauf.

Es steht heute auch in den Berichten drinnen, dass einige Gewerke vergeben wurden bezüglich Neubau oder Zubau Freiwillige Feuerwehr Kemating. Die Beträge bei der Feuerwehr Kemating die hier vergeben sind, machen mehr aus wie man im Finanzplan. Er hat die Anfrage an den Bürgermeister als zuständigen Finanzreferenten, wie Budgetkontrollen bei der Freiwilligen Feuerwehr passieren, und wann man das erste Mal über die des Finanzierungsplanes reden wird oder reden muss, weil dort die Kosten vielleicht nicht ganz in dem Rahmen sind, wie man es in der 3. Änderung des Finanzierungsplanes beschlossen hat.

Der Bürgermeister antwortet zur ersten Frage des Herrn Berger bezüglich der Begehung von Reichersberg. Es handelte sich bei der Begehung um den Straßenbau und nicht um den Kanalbau. Aus diesem Grund war es auch bereits im Bau- und Straßenausschuss und nicht im Umweltausschuss. Bei der Einladung muss man bei den Zuständigen oder möglichen Beteiligten eine gewisse Pragmatik anwenden. Herr Dr.Vogel ist praktischer Arzt und hat eine Praxis zu führen, und ihn dazu einzuladen wäre zwar nett, aber aufgrund der Gegebenheiten nicht sinnvoll. Es ging hier um eine Straßenbegehung und um die Form und den Zeitpunkt, um die Kosten und die Art, wie nach Abschluss der Kanalbauarbeiten die Asphaltierungs- und teilweise auch die Unterbauarbeiten hergestellt werden müssen. Er glaubt, dass man sich einer pragmatischen Lösung des Problems zuwenden sollte. Und es ist in Vorbereitung, eine Lösung herbeizuführen, mit der alle leben können, auch von der Finanzierung her. Es war eine Einladung des Amtes an die jeweils Beteiligten und an die Fraktionsvertreter. Der Bürgermeister nimmt es zur Kenntnis, dass Herr Berger gerne den Umweltausschussobmann dabei gehabt hätte. Es wird ihn sehr freuen, aber man hat es nicht für notwendig gehalten.

Der Bürgermeister antwortet auf die Frage bezüglich der Auftragsvergabe. Die Zuschlagsentscheidungen sind im Gemeindevorstand beschlossen worden. Die Zuschlagssummen übersteigen den Kostenschätzungs- und daher auch den Finanzierungsplan um etwa € 17.000,-. Der Antrag lautete, dass die in einer Tabelle der Bauleitung aufgelisteten Anbietersummen mit der vorgeschlagenen Mengenkorrektur zur Anwendung kommen sollten, wobei im Hinblick auf das BVG sicherzustellen ist, dass diese Summen zur Anwendung kommen. Mittlerweile gibt es einen Aktenvermerk, wo alle Auftragnehmer das auch so akzeptieren. Daher ist man mit nur noch € 3.000,- über der Kostenschätzung und es wird nicht gleich notwendig sein, den Finanzierungsplan zu ändern. Es wird notwendig sein, dass im Zuge der Bauausführung versucht wird, die Kosten zu halten, und einige Gewerke sind ja noch auszuschreiben. Er hofft, dass dort das Ausschreibungsergebnis ein anderes ist als das bei den Baumeisterarbeiten und den anderen Gewerken.

GV.Berger K. betont, wenn auch der Herr Bürgermeister sagt, dass man das ein bisschen pragmatisch sehen soll und man muss auch Rücksicht nehmen, dass der Herr Dr.Vogel ein praktischer Arzt ist und um diese Zeit keine Zeit hat, dann soll man in Zukunft auch auf uns Rücksicht nehmen, denn man zwickt die Termine, die im Laufe des Tages sind, auch von der Arbeitszeit weg. Es ist nicht immer so einfach. Das Recht, das für die einen gilt, sollte auch für die anderen gelten.

- c) GR.Berger U. erwähnt, dass der Kinderferienspaß eine ganz tolle Aktion war, und man hat damit etwas geschaffen, dass man in Zukunft weiterverfolgen muss. Sie freut es sehr, als Vorsitzende des verantwortlichen Ausschusses, mit allen Beteiligten sehr gut zusammengearbeitet zu haben, und es war ganz toll, dass sich viele Seewalchner Vereine, aber auch Privatpersonen, teilweise auch kleine Betriebe gemeldet haben, und man hat den größten Teil kostenlos anbieten können. Die Nachbesprechung letzte Woche war ein sehr positives Gespräch und die Bereitschaft zur Mitarbeit war zu 100 % wieder gegeben von den Beteiligten. Alle haben gesagt, weil es so gut angenommen wurde, werden sie ihre Aktionen zwei- bis dreimal anbieten, aber auf die Altersgruppen aufgeteilt. Sie möchte alle Anwesenden bitten, die Vereine oder Personen kennen, die Möglichkeit haben für nächsten Sommer eine Aktion anzubieten. Hauptsächlich würde man auf kreativem Bereich oder auch für kleinere Kinder etwas brauchen.

Der Bürgermeister möchte bei der Gelegenheit festhalten, dass der Sozialausschuss hier etwas rasch und unbürokratisch zu Stande gebracht hat, was man vorher einige Jahre nicht geschafft habe. Frau Berger und Herr Gaisbichler haben sich da sehr eingesetzt.

- d) GR.Huber F. sagt, dass heute in der Kraimstalstraße von Lenzing kommend der untere Fahrbahnteiler abgerissen worden ist, er kennt den Grund nicht, ob das aus bautechnischen Gründen ist. Wenn das wieder neu aufgesetzt wird, sollte man überlegen, ob man den nicht so ausrichtet, dass auch beim Reinfahren nach Kraims eine Geschwindigkeitsreduktion zwingend erforderlich ist. Wie er jetzt angeordnet war, hat man kaum bremsen müssen, sondern eher beim Rausfahren.

e) GR. Aigner möchte wissen, ob es unbedingt notwendig war, dass man das Strandbad am 5.9. zugesperrt hat, obwohl noch das schönste Sommerwetter war. Es war Badetemperatur und die Kinder haben noch Ferien gehabt. Er weiß, dass es der Gemeinderat beschlossen hat, aber der Gemeinderat in seiner Größe hat es nicht wissen können, wie das Wetter wird. Er hat festgestellt, dass sämtliche Bäder in anderen Gemeinden offen waren und es sind die Gäste, die in das Strandbad gehen, ausgewichen. Er hofft, dass die Leute wieder nach Seewalchen zurückkommen und man sollte schon auch für den Gast bzw. für denjenigen schauen die das ganze Jahr zahlen.

f) GR. Mayrhofer fragt, ob die Kraimstalstraße je wieder befahrbar wird? Er weiß nicht wie lange man dort schon baut, oder gibt es da eine zeitliche Befristung, oder hat sich die Gemeinde ein Ziel gesetzt.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Feinbelagsarbeiten demnächst fertig werden, er hat aber den Fertigstellungstermin nicht im Kopf.

g) GR. Födinger hat eine Bitte, dass das Mitverfolgen verschiedener Punkte erleichtert wird, wenn es um örtliche Situationen geht z.B. Bebauungspläne oder Straßenverläufe, in Zukunft in irgendeiner Form, via Videobeamer in den Raum wirft. Er glaubt, es würde den Fraktionen die Arbeit erleichtern, aber auch den Besuchern, die keine Tagesordnung haben, die können besser mitverfolgen, über welche Region oder um welche Straße gerade diskutiert wird.

Der Bürgermeister meint, dass man es zumindest für die Fraktionssitzungen prüfen könnte.

h) GR. Wechselauer möchte bezüglich Pfarrerbroatn festhalten, wenn einer eine Anfrage an ihn hat, dann ist er gerne bereit, sie zu beantworten, nur sollte die Anfrage an ihn gerichtet sein, damit er weiß, er ist jetzt aufgerufen zu antworten. Es würde ihn freuen, wenn man hier die Beziehungen auch wieder verbessert. GR. Wechselauer möchte wissen ob es schon einen Termin für den Autofreien Tag gibt? Er würde das für die Terminplanung der Pfarre brauchen.

GR. Berger U. antwortet, dass er am 22.5.2005 ist.

GR. Wechselauer betont, dass der nächste Winter bestimmt kommt und er fragt, wie es mit der Eisbahn in der Rosenau aussieht, denn es fragen ihn immer wieder Leute. Herr Wechselauer fragt, ob die Eisbahn auf Gemeindegrund ist oder gehört das einem Privaten. Kann man sich vorstellen, dass man wieder eine Eisbahn macht und der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung stellt.

Der Bürgermeister antwortet, dass grundsätzlich die Eisbahn auf dem Grund der Gemeinde ist aber gemacht hat es die Eisschützengemeinschaft Rosenau.

Der Amtsleiter antwortet, dass die Eisstockfreunde Rosenau eine Vereinigung von begeisterten Eisstockschützen ist. Es ist kein Verein. Man hat vor 15 Jahren die Eisstockbahnen selber errichtet und auch mit privatem Geld vorfinanziert. Es gibt eine Vereinbarung, dass immer eine Bahn frei ist, wenn wer kommt, kann er schießen. Die zweite Bahn wird unter der Woche vermietet, Samstag und Sonntag aber nicht, denn zeitweise sind 30 – 40 Schützen da und dann braucht man zwei Bahnen. Es werden € 7,- verlangt für 2-3 Stunden. Man ist kein gewerblicher Betrieb, dass man die Eisbahnen vermietet und man möchte eigentlich beide Bahnen für die Öffentlichkeit freihalten.

i) Vizebgm. Eisterer möchte zur Situation in der Kraimstalstraße etwas sagen. Letzten Donnerstag wollte sie zum Gasthaus Gebhart. Sie fährt über die Reichersbergerstraße und steht vor der Absperrung und konnte nicht weiter. Es ist nirgends wo ein Hinweis gestanden, dass die Kraimstalstraße gesperrt war. Sie ist stehen geblieben und ist zu Fuß zum Gasthaus gegangen. Das hingehen ist gegangen, denn da war es noch hell, aber wie sie dann zurückgegangen ist, war es so dunkel und man konnte sich wirklich weh tun. Wie geht man weiter mit den Straßenbeleuchtungen.

j) GR. Berger U. möchte gleich anschließen, dass auch sie zum Gasthaus Gebhart gefahren ist, wo dann das Schild Straße gesperrt gestanden ist, Zufahrt zum Gasthaus Gebhart ist gestattet.

Möglich war es aber nur bis zur Brücke. Sie hat eine Anregung, da sie heute von Herrn Huber gehört hat, dass die Straßenfeiler weggenommen wurden und sie hat zuerst ein Nicken gesehen von einem Rot-Kreuz-Fahrer, und sie hat schon von mehreren Rot-Kreuz-Fahrern gehört, dass sie äußerst unzufrieden sind mit den Straßenfeilern. Vielleicht könnte man, da sie jetzt weggekommen sind, bevor sie wieder gebaut werden, mit Verantwortlichen dieser Institutionen sprechen ob man das vielleicht besser lösen könnte.

Der Bürgermeister fragt, in welchem Sinne besser lösen?

GR. Berger U. meint, dass man die Straßenfeiler anders positionieren soll.

Der Bürgermeister sagt, dass gerade deswegen der Fahrbahnteiler gemacht wurde, damit man im Ortseinfahrtsbereich gezwungen wird, langsamer zu fahren.

GR. Berger Ulrike meint, nicht bei der Ortseinfahrt, sondern bei der Ortsausfahrt.

- k) GR. Berger U. betont, dass man mit dem Strandbad Litzlberg äußerst unzufrieden ist, wegen dem Münzautomat, den das Land verordnet hat. Es hat heuer zu großen Unmut geführt, wegen der Zeitverlegung und wegen der Möglichkeit zum Bezahlen. Der Münzautomat wechselt nicht und das ist eigentlich alles andere als kundenfreundlich. Wenn man Baden fährt hat man nicht immer genau € 3,--.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 6.7.2004 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22.00 Uhr.

Der Schriftführer:

.....
(AL.Hans Schmidt)

Der Vorsitzende:

.....
(Bgm. Mag.Reiter Johann)

Für die SPÖ-Fraktion:

.....
(Vizebgm. Gertraud Eisterer)

Für die ÖVP-Fraktion:

.....
(GV.Stefan Gaisbichler)

Für die FPÖ-Fraktion:

.....
(GR.Dipl.-Ing. Hans-Peter Zirkel)

Für die GRÜNE-Fraktion:

.....
(GR. Wolfgang Vogel)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 28.10.2004 keine Einwendungen erhoben wurden.

Der Vorsitzende:

(Bgm. Mag.Reiter Johann)